Der Kölner Kreis und seine Konzeption für ein Deutschland nach Hitler

Von Vera Bücker

Bei der Würdigung der verschiedenen Widerstandsgruppen anläßlich des 50. Jahrestages des 20. Juli 1944 ist eine Gruppe weithin übersehen worden, die im Westen Deutschlands eine wichtige Rolle spielte: der Kölner Kreis, eine lose Gruppe aus dem Rhein-Ruhrgebiet und Westfalen, die sich hauptsächlich aus Christlichen Gewerkschaftlern, Vertretern der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB), Zentrumspolitikern, katholischen Geistlichen und Akademikern, aber auch einigen evangelischen Konservativen und Sozialdemokraten zusammensetzte. Er hatte seine Mitte im Kettelerhaus in Köln, der Verbandszentrale der westdeutschen KAB.

Die geringe Berücksichtigung des Kölner Kreises mag verschiedene Ursachen haben: Zum einen ist die Quellenlage denkbar schlecht. Zum anderen scheint er nicht in die in der Forschung üblichen Schemata zu passen: Er war mehrheitlich katholisch, aber es waren Laien des politischen und sozialen Katholizismus, nicht die Hierarchie, auf die sich üblicherweise die Aufmerksamkeit konzentriert. Er gehörte zum Arbeiterwiderstand, aber es waren Christliche Gewerkschaftler und KAB-Vertreter und keine Sozialdemokraten oder Kommunisten, die ihn dominierten.[1]

Der vorliegende Aufsatz will dazu beitragen, daß den »Kölnern« bei der historischen Selbstvergewisserung des demokratischen Deutschlands größere Aufmerksamkeit zuteil wird. Dabei verfolgt er zwei Richtungen: Zum einen geht es darum, die Zusammensetzung des Kölner Kreises und seine Verbindungen zu anderen Widerstandskreisen nachzuzeichnen. Zum anderen werden die Zukunftsentwürfe der Kölner Gruppe soweit wie möglich rekonstruiert; sie scheinen demokratischer und dem späteren Grundgesetz näher zu stehen, als es die Planungen der Kreisauer und Berliner um Goerdeler waren, die deswegen zum Vergleich herangezogen werden.

---

1 Zur generellen »Unterbelichtung« des politisch-sozialen Katholizismus in der Forschung z.B. Wilfried LOTH, *Entwicklungslinien und Forschungsprobleme des sozialen und politischen Katholizismus*, in: Bischöfliches Generalvikariat (Hrsg.), *Berichte und Beiträge*, Essen 1992, S. 16 ff.

Die Haltung der westdeutschen KAB zum Nationalsozialismus

Das Kettelerhaus in Köln, die Verbandsleitung der westdeutschen Knappen- und Arbeitervereine, gilt als Steuerungszentrale[2] nicht nur der oppositionellen Diskussionszirkel in Köln, sondern auch kleinerer Gruppen in Düsseldorf, Bonn, Duisburg, Bochum, Krefeld, Fulda etc., von denen nur die wichtigsten hier berücksichtigt werden können. Doch bevor auf sie eingegangen wird, soll ein kurzer Überblick über die KAB-Zentrale und die Haltung ihrer Repräsentanten zum Nationalsozialismus (NS) gegeben werden.

Die KAB-Zentrale bestand aus Präses Dr. Otto Müller, dem Vorsitzenden Josef Joos, ihrem Verbandssekretär Bernhard Letterhaus und dem Redakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung/Ketteler-Wacht (WAZ/KW seit 1935) Nikolaus Groß.[3]

Josef Joos, bis 1933 stellvertretender Vorsitzender der Zentrumspartei, wurde 1940 verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Er konnte also an den Widerstandsplanungen der 40er Jahre nicht mehr teilnehmen und überlebte so das Dritte Reich. Präses Dr. Otto Müller war ein leidenschaftlicher Gegner des Nationalsozialismus, der ungeduldig auf das Ende des Dritten Reiches wartete. Er nahm an einigen Besprechungen teil und beherbergte Goerdeler noch, als dieser auf der Flucht war. Welchen Anteil der Siebzigjährige an den zahlreichen Beratungen und Ausarbeitungen des Kölner Kreises hatte, muß dagegen offen bleiben, da noch immer eine ausführliche Biographie über diesen Arbeiterpriester fehlt, der seit 1900 mit den katholischen Arbeitervereinen verbunden war und der westdeutschen KAB von 1917 bis zu seinem Tode im Gefängnis 1944 vorstand.

---

2 So etwa bei Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 2. Aufl. 1990, S. 220; Hugo STEHKÄMPER, *Protest, Opposition und Widerstand im Umkreis der (untergegangenen) Zentrumspartei. Ein Überblick*, in: Jürgen SCHMÄDEKE/Peter STEINBACH (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München 1985, S. 141.

3 Zu den Personen vgl. Oswald WACHTLING, *Josef Joos: Journalist, Arbeiterführer, Zentrumspolitiker 1878-1933*, Mainz 1974; DERS.: *Josef Joos*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, hrsg. v. Rudolf MORSEY, Mainz 1973, S. 236-250; zur Verhaftung: Josef JOOS, *Im Räderwerk der Zeit. Erinnerungen aus der katholischen und sozialen Bewegung*, Augsburg, o.J., S. 155 ff.; zu Letterhaus: Jürgen ARETZ, *Bernhard Letterhaus (1894-1944)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 2, hrsg. v. R. MORSEY, Mainz 1975, S. 10-24; zu Müller: J. ARETZ, *Otto Müller (1870-1944)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 3, hrsg. v. J. ARETZ/R. MORSEY u.a., Mainz 1979, S. 191-203; zu Groß: J. ARETZ, *Nikolaus Groß (1898-1945)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 4, hrsg. v. J. ARETZ/R. MORSEY u.a., Mainz 1980, S. 159-171; auch: Vera BÜCKER-KAUSCHKE, *Nikolaus Groß – Der Weg eines Arbeiters und katholischen Journalisten in den Widerstand gegen Hitler*, in: *«... wie sollen wir vor Gott und unserem Volk bestehen?« Nikolaus Groß und die katholische Arbeiterbewegung in der NS-Zeit. Ein Begleitbuch zur Ausstellung des Bistums Essen (23.1.-6.4.1995)*, hrsg. v. Baldur HERMANS, Gelsenkirchen 1995, S. 16-25.

Bernhard Letterhaus, Verbandssekretär seit 1927 und vorher beim Zentralverband der Gewerkschaft der christlichen Textilarbeiter in Düsseldorf beschäftigt, war der für den Widerstand bedeutendste Kopf des Kettelerhauses. Dies gilt, obwohl er nach seiner – nur widerwillig befolgten – Einberufung zur Wehrmacht schon 1939 nur sporadisch an den Beratungen in Köln teilnehmen konnte und seit seiner Versetzung zur Abwehr/Amt Ausland im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 1942 in die Gewerkschaftsgruppe des Berliner Widerstandes integriert war. Er hatte als preußischer Landtagsabgeordneter 1933 gegen das preußische Ermächtigungsgesetz opponiert und war der entscheidenden Sitzung des Landtages ferngeblieben, weil er die Zustimmung der Zentrumsfraktion nicht verhindern konnte. So blieb im Kettelerhaus Nikolaus Groß übrig, der wegen des krankheitsbedingten Rückzuges Otto Müllers aus der täglichen Verbandsarbeit die konspirativen Treffen organisierte.

Die genannten Personen der KAB-Zentrale in Köln gehörten im deutschen Katholizismus zu den konsequenten Gegnern des Nationalsozialismus und zu den frühen Warnern. So betonte beispielsweise ein WAZ-Artikel vom 6. September 1930 die Unvereinbarkeit von Christentum und NS-Weltanschauung,[4] bevor es entsprechende bischöfliche Verlautbarungen gab.[5] Die Ablehnung des NS begründeten die Männer des Kettelerhauses jedoch nicht nur religiös oder mit der Furcht um die Preisgabe der katholischen Particularia wie Konfessionsschule, Presse, Verbände etc., sondern auch mit der Gefahr von Diktatur und Krieg, die von Hitler ausgehe. Bis zum Ende der Reichskanzlerschaft Brünings 1932 wurde die Gegnerschaft zur NSDAP strikt durchgehalten. Sie fand ihren Niederschlag nicht zuletzt in der Gleichsetzung mit dem Kommunismus, dem Synonym des absoluten politischen Gegners.

Nach dem Sturz Brünings, den sie bis dahin rückhaltlos gestützt hatte, modifizierte die KAB jedoch ihre Einschätzung der NSDAP. Sie folgte dabei dem Kurswechsel des Zentrums unter Prälat Ludwig Kaas, an dem Joos beteiligt war. Zwar blieb die weltanschauliche und kulturpolitische Gegnerschaft zum NS bestehen, aber angesichts des Aufstiegs der NSDAP zur stärksten Reichstagsfraktion und der Unmöglichkeit einer auch nur halbparlamentarischen Regierungsweise auf der Grundlage präsidialer Notverordnungen seit der Kanzlerschaft Papens griffen im Zentrum Überlegungen um sich, ob man unter der Kaasschen Parole der Volksgemeinschaft

4 »Klare Fronten«, WAZ v. 6.9.1930.

5 Die berühmte Antwort des Ordinariates Mainz an die Gauleitung Hessen, datiert nach den Septemberwahlen 1930; s. R. MORSEY, *Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus,* in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hrsg.): *Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus,* Mainz 1980, S. 12.

nicht versuchen solle, eine Koalition mit der NSDAP zu bilden. An den vorsichtigen Sondierungsgesprächen war Joos beteiligt.

Diese Verhandlungen mit der NSDAP, die die KAB mittrug, widersprachen dem bisherigen Kurs der strikten Ablehnung der Nationalsozialisten. Sie wurden psychologisch möglich nicht nur wegen der verfahrenen parlamentarischen Lage – KPD und NSDAP verfügten zusammen über die absolute Mehrheit –, sondern wegen eines Wechsels in der politischen Beurteilung der NSDAP. Hatte während der Regierung Brüning die KPD die negative Vergleichsfolie der NSDAP eingenommen, so wurde jetzt die vorrevolutionäre SPD gegen die KPD eingetauscht. Das hatte zur Folge, daß man auf eine demokratische Mäßigung der NSDAP in der Regierungsverantwortung hoffte, wie sie nach 1918 bei der SPD erfolgt war. Trotz ihrer früheren Verbalradikalität und fortbestehender atheistischer Orientierung hatte das Zentrum mit ihr in der Weimarer Koalition zusammengearbeitet. Die KAB hatte sogar diese schwarz-rote Regierung wegen der guten sozialpolitischen Möglichkeiten den Bürgerblockregierungen vorgezogen. Ein weiterer Grund der verharmlosenden Einschätzung der NSDAP zur Zeit Papens und Schleichers lag in der Überschätzung der DNVP Hugenbergs begründet, den zum Beispiel Letterhaus und Groß als sozialreaktionär fürchteten. Sie glaubten, daß die NSDAP ihm nur die Massen zuführen solle und die hinter Hugenberg stehende Industrie die sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft abschaffen wolle, die in der Weimarer Republik mühselig errungen worden waren.

Von der Machtübernahme Hitlers am 30.1.1933 wurde die KAB-Spitze überrascht, da sie wie viele zeitgenössische Beobachter geglaubt hatte, daß die braune Flut gebannt sei. Letterhaus setzte auf ein baldiges Scheitern der neuen Regierung an ihrer wirtschaftlichen Inkompetenz. Daher lehnte er den Abschluß des Reichskonkordates als unnötige Stabilisierung der Regierung Hitler ab. Doch mußte er bald seinen Irrtum einsehen.

Die KAB geriet rasch mit den neuen Machthabern in Konflikt. Dieser fand 1934 seinen ersten sichtbaren Ausdruck im Doppelmitgliedschaftsverbot Leys für Deutsche Arbeitsfront (DAF) und konfessionelle Verbände. Immer mehr eingeschränkt, versuchte die KAB dennoch ihre Verbände soweit wie möglich zu erhalten.[6] Um den Zusammenhalt der Mitglieder zu wahren, fiel der Verbandszeitschrift eine wichtige Aufgabe zu. Daher versuchte die Redaktion, ihre Existenzberechtigung durch vorsichtige Zustimmung zu vereinzelten Politikfeldern der NSDAP, z.B. Familienförderung, zu erkaufen.

6 Ausführlicher zur Geschichte der KAB im Dritten Reich J. ARETZ, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus,* Mainz 1978, sowie Michael KISSENER, *»Nach außen ruhig, nach innen lebendig«. Widerstand aus der katholischen Arbeiterschaft,* in: Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus,* Bonn 1994, S. 153-163.

An ihrer weltanschaulichen Gegnerschaft ließ sie jedoch keine Zweifel aufkommen. Um ihre Leser nicht in die Entscheidung zwischen Glauben und Nation zu zwingen, beharrte sie entgegen der NS-Propaganda auf der Vereinbarkeit von Deutschtum und katholischem Christentum. Dieser vorsichtige Kurs bei Wahrung der weltanschaulichen Distanz sicherte der Ketteler-Wacht ein Überleben bis 1938. Dann geriet auch sie, nach drei Verboten und fünf Beanstandungen, in den Sog der immer restriktiver werdenden NS-Kirchen- und Pressepolitik.

Nach dem Verbot verlagerte sich der publizistische Zusammenhalt der KAB-Gruppen auf den Vertrieb religiöser Kleinschriften, bis dem Kettelerhaus 1943 kein Papier mehr zugeteilt wurde. Danach blieben zu den verschiedenen noch bestehenden örtlichen KAB-Verbänden nur noch persönliche Kontakte – die Basis des Kölner Kreises.

Das Kettelerhaus als Keimzelle des Kölner Kreises

Das Kettelerhaus konnte sich zur Schaltstelle des sogenannten Kölner Kreises entwickeln, weil es mit den KAB-Ortsverbänden über ein Netz von Vertrauenspersonen und über einen gewissen Rückhalt im katholischen Volksteil verfügte, der trotz des durch die Repressalien des NS-Regimes bedingten Mitgliederschwundes im Kern erhalten blieb. Noch 1937 beklagte der Sicherheitsdienst (SD), daß bis hinunter zum kleinsten KAB-Funktionär keiner in die Partei eingetreten sei.[7] Eine ganze Reihe von KAB-Sekretären geriet in Konflikt mit der Gestapo; dies gilt zum Beispiel für diejenigen aus Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen. Für Gottfried Könzgen[8] aus Duisburg nahmen die häufigen Auseinandersetzungen ein tödliches Ende; im Rahmen der »Aktion Gewitter« nach dem mißlungenen Attentat Stauffenbergs vom 20.7.1944 wurde er verhaftet und kam im KZ Mauthausen im März 1945 ums Leben.

In den einzelnen Städten hielten die KAB-Sekretäre soweit wie möglich das Vereinsleben aufrecht. Damit bewahrten sie ein nicht von der NS-Ideologie angestecktes Personalreservoir, das die KAB für den militärischen Widerstand wertvoll machte. Darüber hinaus nahmen die KAB-Sekretäre oft an oppositionellen Diskussionen mit Gleichgesinnten aus dem katholischen Milieu teil, wozu ehemalige Christliche Gewerkschaftler, Zentrumspolitiker und Vertreter anderer katholischer Verbände gehörten. Mit den Jahren knüpften sie Kontakt zu anderen Oppositionellen. Dieser Prozeß lief überall ähnlich; am Beispiel Kölns soll er etwas ausführlicher gezeigt werden.

---

7 J. ARETZ (wie Anm. 6), S. 195 ff.

8 Zu Könzgen s. die Biographie von Michael TEGGERS, *Gottfried Könzgen,* hrsg. v. KAB-Bezirksverband Duisburg, Duisburg 1986.

Der Kreis im Kettelerhaus hatte Kontakt zu einigen Gewerkschaftlern, die sich seit Januar 1934 wöchentlich in ihrem früheren Gewerkschaftshaus, dem »Deutschen Haus«, mit freien Gewerkschaftlern wie Hans Böckler und Karl Katzer trafen. Weiter bestand Verbindung zur Kolpingsgruppe mit dem Geschäftsführer des Kölner Kolpinghauses Theodor Babilon, Präses Heinz Richter, Dr. Karl Zimmermann und Dr. Leo Schwering, einem der Gründerväter der Kölner CDU. Außerdem zählten zum Kettelerhaus außer den schon erwähnten Hauptamtlichen der ehemalige Generalsekretär des rheinischen Zentrums, Josef Ruffini, als Bibliothekar, sowie weitere ehemalige Zentrumspolitiker, die bei der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft (MIVA) arbeiteten. Die MIVA, bei der viele arbeitslos gewordene Zentrumspolitiker Unterschlupf gefunden hatten, war vor Kriegsende wegen Bombenschäden im Kettelerhaus untergebracht worden[9] und vergrößerte auf diese Weise quasi automatisch das personelle Potential des Widerstandskreises im Kettelerhaus. Bemerkenswert ist die Teilnahme des früheren sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Solingen, Josef Brisch, der als praktizierender Katholik der gleichen Pfarrgemeinde wie Letterhaus und Groß angehörte und für die Verbindungen zu weiteren Sozialdemokraten, wohl auch zu Wilhelm Leuschner und Karl Severing, sorgte. Severing soll bei diesen Gesprächen der Idee Jakob Kaisers und der KAB-Vertreter zur Gründung einer Partei der Arbeit zugestimmt haben.[10]

Bis 1944 hatten sich die Gesprächsrunden im Kettelerhaus, ausgehend von Diskussionen über die kirchliche Lage und die zu erwartende Entwicklung, zunehmend ausgedehnt. So nahmen daran zeitweise außer den KAB-Vertretern u.a. Johannes Albers, Karl Arnold, Wilhelm Elfes, Jakob Kaiser, Walther Hensel, Andreas Hermes, Heinrich Körner, Johannes Gronowski, Wilhelm Hamacher, Franz Thedieck, Josef Hofmann, Theodor Scharmitzel (spätere CDU-Mitgründer), Rudolf Pechel, Paul Franken, Christine Teusch sowie die Dominikanerpatres Laurentius Siemer und Eberhard Welty teil.[11] Die Namensaufzählung zeigt, daß der Kölner Kreis das katholische Milieu nicht

9 Hermann-Josef ARENTZ, *Die Anfänge der Christlich Demokratischen Union in Köln,* in: Otto DANN (Hrsg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus. Der Beginn des gesellschaftlichen und politischen Lebens in den Jahren 1945/46,* Wuppertal 1981, S. 120; Ulrich von HEHL, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933-1945,* Mainz 1977, S. 183; Ingrid HEGE, *Köln am Ende der Weimarer Republik und während der Herrschaft des Nationalsozialismus,* in: O. DANN (Hrsg.), *Köln nach dem Nationalsozialismus,* S. 27.

10 So Josef Hofmann im Gespräch mit Peter Hüttenberger am 21.11.1967, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (fortan: HSTA Düsseldorf) RWN 139.

11 Zu den verschiedenen Kreisen in Köln s. a. Nachlaß (fortan NL) Leo Schwering, Autobiographische Skizzen, S. 147 ff., Historisches Archiv der Stadt Köln (fortan Hist. Arch. Köln), 1193-1218. Die Aufzählung kann nicht erschöpfend sein, da wegen der teilweise indirekten Kontakte die Zuordnung schwierig ist; s. auch Franz FOCKE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU,* Wuppertal 1981, S. 178.

nur in Richtung SPD weltanschaulich, sondern auch sozial und konfessionell sprengte, indem Beziehungen zu katholisch-akademischen und protestantisch-konservativen Kreisen aufgebaut wurden (z.B. zu Pechel, dem Schriftleiter der oppositionellen, eher deutschnationalen Deutschen Rundschau).

Diese Milieuüberschreitung findet sich ebenfalls in anderen katholisch geprägten Oppositionsgruppen, z.B. in Düsseldorf und Bonn, die mit dem Kettelerhaus in enge Verbindung traten und gemeinsam den Kölner Kreis bildeten.

In Düsseldorf entstand schon früh ein Kreis, dem der spätere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold[12], bis 1933 Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaftsverbände und Zentrumsstadtverordneter, angehörte. Zu diesem Kreis aus früheren Zentrumspolitikern und christlichen Gewerkschaftlern zählte unter anderem der katholische Jurist Dr. Walther Hensel und der ehemalige Düsseldorfer Oberbürgermeister Dr. Robert Lehr (DNVP), mit dem Arnold nach Kriegsende die Düsseldorfer CDU gründete. Über Hensel stand die Gruppe in Kontakt zu seinem katholischen Berufskollegen und Bundesbruder im Kartellverband (KV), Josef Wirmer, ein enger Berater Goerdelers und von ihm als Justizminister vorgesehen, und zu dem ebenfalls aus dem KV stammenden Anwalt Josef Müller aus München, der 1938/39 im Auftrag der Abwehr (Canaris/Oster) den Vatikan über die Umsturzabsichten dieser konservativen Opposition unterrichtete. Zu Edmund Forschbach, der in Verbindung mit General von Hammerstein, Rudolf Pechel und dem Generalsekretär des Reichsverbandes der KAB, H.J. Schmitt, stand und ein Freund des beim »Röhm-Putsch« ermordeten Edgar Jung war, des Verfassers von Papens oppositioneller Marburger Rede 1934, vermittelte Hensel nach dem 30. Juni 1934 den Christlichen Gewerkschaftern Arnold, Kaiser und Körner ebenfalls den Kontakt.[13] Weiter zählten in den 30er Jahren zum Düsseldorfer Kreis Dr. Theo Scharmitzel und Johannes Schauff, auch Mitgründer der CDU, und wichtige Bindeglieder zum Kettelerhaus.

Eine Besonderheit im rheinisch-katholischen Widerstand stellt dieser Kreis insofern dar, als er schon sehr früh an einen gewaltsamen Umsturz dachte. Hensel, obwohl Mitglied in SA und NSDAP, nahm im Einvernehmen mit Arnold und dem Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes, Ludwig Wolker, schon Ende 1933 Kontakt zu Vertretern der illegal fortbestehenden Freikorps auf. 1935 kam die Gestapo den dilettantischen Putschplänen auf die Spur und verhaftete auch Hensel, der, obwohl ihm

12 Zu Arnold s. Detlev HÜWEL, *Karl Arnold. Eine politische Biographie*, Wuppertal 1980.

13 Edmund FORSCHBACH, *Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934*, Pfullingen 1984, S. 135 ff; Brief Hensels vom 19.9.1945, NL Forschbach, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (fortan ACDP) I-199.

eine direkte Hochverratsbeteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, für zwei Jahre wegen Verbreitung von Flugschriften inhaftiert wurde.

Der Kreis unterscheidet sich anscheinend noch in einem anderen Punkt durch weitergehende Aktivitäten von den übrigen: Aus seiner Mitte gingen die Flugblätter des *»Michael Germanicus«* gegen die Goebbelsche Propaganda hervor. Über H.J. Schmitt gelangte die Marburger Rede Papens ins Ausland; über Kaiser und Leuschner wurde 1937 die gegen die Düsseldorfer NSDAP gerichtete, von Hensel verfaßte Schrift *»Der Düsseldorfer Korruptionssumpf«* an den *»Karlsbader Vorwärts«* der SPD im tschechischen Exil geleitet. Bei Hensel fand die Gestapo die regimekritischen Flugschriften *»Ein Ermordeter spricht. Zum Tode des Münchener Schriftstellers F. Gerlich«*, der als einer der schärfsten katholischen Kritiker des NS 1934 in der Haft ermordet worden war, sowie *»Ich kann nicht schweigen«*, worin ein Zusammenhang zwischen dem Reichstagsbrand und Göring hergestellt wurde. Diese Schriften hatte Hensel zum Teil an seinen KV-Bundesbruder Paul Franken aus Bonn weitergegeben, der 1937 ebenfalls verhaftet wurde.[14]

In Bonn fand sich ein Kreis um Heinrich Körner, bis 1933 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften, Bernhard Deutz, ebenfalls aus den Christlichen Gewerkschaften, Paul Franken, Geschäftsführer im KV und nach 1945 wie Körner CDU-Mitgründer, und Josef Hofmann, dem Redakteur der 1941 zugrunde gegangenen zentrumsnahen Kölner Volkszeitung. Die Gruppe stand, hauptsächlich über Körner, in regem Austausch mit dem Kettelerhaus und gehörte zu dem Verbindungsnetz Christlicher Gewerkschafter von Jakob Kaiser in Berlin. Paul Franken, der seit 1933/34 seine alten Beziehungen zur KAB aus seiner früheren sozialstudentischen Arbeit wieder aufgefrischt hatte, stellte ein Bindeglied zwischen katholischer Arbeiterschaft und katholischen Akademikern dar, von denen er durch seine Position im KV viele kannte. Auf Initiative von Wirmer, Kaiser und Letterhaus in Berlin ging er Ende 1942 im Auftrag des OKW nach Rom. Dort übernahm er nach der Verhaftung Josef Müllers dessen Aufgabe, Informationen des Widerstandes an Kaas und den Jesuitenpater Leiber, einen Vertrauten des Nuntius Pacelli, weiterzuleiten.[15] Außerdem bestand in den 30er Jahren über Franken Verbindung nach Bad Godesberg zu Andreas

14 Vgl. NL Walter Hensel, HSTA Düsseldorf RWN 88,6 und 88,5; vgl. insbes. zu Michael-Germanicus-Flugblättern: Erlebnisbericht S. 12 u. 35 f., NL Forschbach, ACDP, 199-I; vgl. auch Reinhard MANN, *Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt,* Frankfurt a.M. 1987, S. 219 f.

15 Lebenslauf, S. 8, und Brief Dr. E. Hübinger vom 24.5.1946, in NL Paul Franken, ACDP I-013-001/4, sowie Lebenslauf Franken S. 30 ff., in HSTA Düsseldorf RWN 88-5; vgl. auch Theodor ESSER, *Erinnerugen an Paul Franken,* in: *Arminenblätter* 12/1988, S. 11 f; Victor GIELEN, *Paul Franken,* in: *Arminia 1863-1988,* Festschrift, hrsg. u. bearbeitet v. Michael FELDKAMP, Bonn 1988, S. 223.

Hermes, dem früheren Präsidenten der christlichen Reichsbauernverbände und späteren CDU-Mitgründer in Berlin, und zu Johannes Albers, bis 1933 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Köln, der seinerseits mit dem Sozialdemokraten Hans Böckler befreundet war. Weiter zählte mit Wilhelm Elfes, dem Vorgänger von Groß bei der WAZ und Polizeipräsident von Krefeld (1927-1933), eine weitere bedeutende Persönlichkeit des Kölner Kreises dazu, da von ihm eine der überlieferten Quellen des Kölner Kreises stammt. Albers und Hofmann versuchten im Februar 1944, den Bischof von Aachen, van der Velden, für den im Kölner Kreis entwickelten Plan einer demokratischen und sozialen Partei, die von den Volkskonservativen (wie bis 1933 G. F. Treviranus) bis zu den Sozialdemokraten reichen sollte, zu gewinnen. Sie überredeten ihn, am Tag X, nach erfolgtem Putsch, im Sinne der Verschwörer zum Volk zu sprechen.[16]

Diese Episode und Briefe von Elfes an mehrere Bischöfe im März 1944 belegen die enge Mitarbeit des Kölner Kreises bei den Planungen der Goerdeler-Gruppe, für die er das Terrain bereiten wollte, nach erfolgtem Umsturz die Bevölkerung von Hitler zu lösen.

Als letzter »Außenbezirk« des Kölner Kreises sei das Dominikanerkloster Walberberg zwischen Bonn und Köln genannt. Der Provinzial Laurentius Siemer unterhielt Beziehungen zu einzelnen Oppositionellen in- und außerhalb von Köln und bis nach München (Josef Müller, der spätere »Ochsensepp« der CSU), Koblenz und Berlin (Wirmer, Letterhaus, Eugen Gerstenmaier, die Brüder Bonhoeffer). Zu den katholischen Akademikern hatten sich die Kontakte über die Mitgliedschaft in den katholischen Studentenverbindungen KV und UV (Unitas-Verband) ergeben. Eine Gruppe aus der Unitas, zu der Theodor Scharmitzel, früherer Generalsekretär der Windthorstbunde in Köln, gehörte, traf sich seit den frühen 30er Jahren im Kloster, wobei auch »Rechtskatholiken« wie Eduard Stadtler, ähnlich wie im frühen Düsseldorfer Kreis, dazuzählten. Siemer charakterisiert in seinen Erinnerungen die Gruppe als wirkungslosen »Kreis von Meckerern«, von denen nur einige Anschluß an den politischen Widerstand gefunden hätten. Bedeutsam war Siemers Verbindung zu seinem Bundesbruder im KV, Josef Wirmer, weil dieser seit 1938/39 Kontakte zur militärischen Spionageabwehr unterhielt. Er bot ihm im Spätherbst 1941 im Auftrag der militärischen Widerstandsgruppe um Oster in der Abwehr an, in deren Auftrag nach Rom zu fahren. Das Unterfangen zerschlug sich am Veto des

16 Albert ESSER, *Wilhelm Elfes 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker,* Mainz 1990, S. 119 ff.; zu Hermes s. auch Günter BUCHSTAB, *Andreas Hermes,* in: G. BUCHSTAB/K. GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten,* München/Wien 1981, S. 103-119; Josef HOFMANN, *Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit,* hrsg. v. R. MORSEY, Mainz 1977, S. 158, 160 u. 180 f.

Auswärtigen Amtes; statt dessen wurde Josef Müller der Verbindungsmann der Widerstandsgruppe der Abwehr zum Vatikan.[17]

Im gleichen Jahr, 1941, traten Körner und Groß an Siemer mit der Bitte heran, dem Zirkel im Kettelerhaus die katholische Soziallehre als Ausgangspunkt für den Neubau Deutschlands vorzutragen. Siemer stützte sich auf die Ausarbeitungen seines Mitbruders Eberhard Welty, der 1944 selbst an einigen Konferenzen teilnahm. In ihrer überarbeiteten Form stellen sie eine weitere wichtige Quelle für die Pläne des Kölner Kreises dar.[18]

Über einzelne Mitglieder, meist aus der Akademikerschaft, ergaben sich verhältnismäßig früh erste Verbindungen zu oppositionellen Militärs. Die ersten und folgenreichen Kontakte ergaben sich schon 1935 zu Generaloberst von Hammerstein, der als erster General zu einer Zusammenarbeit auch mit politisch links stehenden Kräften bereit gewesen war und sich 1932 für Schleichers Plan einer »Gewerkschaftsachse« vom Strasser-Flügel der NSDAP über die Christlichen bis zu den freien Gewerkschaften eingesetzt hatte. Die Idee zur Kontaktaufnahme mit Hammerstein entstand vermutlich Ende 1935 in der Düsseldorfer Gruppe um Hensel, Forschbach, Franken, Arnold und Lehr. Lehr, der mit Jakob Kaiser und Kurt von Hammerstein bekannt war, knüpfte die Verbindung zwischen ihnen.[19] Man verfaßte Denkschriften in der Absicht der Einflußnahme für von Hammersteins Nachfolger, Generaloberst Fritsch, bis dieser als Warner vor Hitlers riskanter Außenpolitik 1938 durch eine Intrige aus dem Amt gejagt wurde. 1941 führte von Hammerstein eine Begegnung zwischen Otto Müller und Generaloberst Ludwig Beck, dem Zentrum des militärischen Widerstandes, herbei. 1943 berichtete Müller wohl davon, als er den Besuch eines »sehr hohen Herrn vom Militär« erwähnte, der sich bei ihm nach Organisationszustand und weltanschaulicher Haltung der Mitglieder erkundigt und ihm erklärt habe: »Es könnte mal etwas eintreten, daß wir in vielen Orten Menschen brauchen, auf die wir uns verlassen können, die die Leitung der Gemeinde in ihre Hand nehmen und die richtigen Leute für die Verwaltung sowie für Ruhe und Ordnung aussuchen können. Ich kann also in einem solchen Fall auf

17 Laurentius Siemer, Ungedruckte Erinnerungen, NL Siemer, Archiv der Dominikanerprovinz Teutonia, Köln, S. 438 f.; Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt 1957, S. 125 f.; zu den KVern vgl. *Biographisches Lexikon des KV*, 3 Bde., hrsg.v. Siegfried KOSS/Wolfgang LÖHR, Schernfeld 1991 ff.

18 Erinnerungen, NL Siemer (wie Anm. 17); Brief Weltys vom 6.2.1962, NL Leo Schwering, Hist. Arch. Köln.

19 NL Kaiser, 313, Bundesarchiv Koblenz (BA), 19.7.1945; Helmut KRAUSNICK, *Ludwig Beck*, in: Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER (Hrsg.), *20. Juli. Porträts des Widerstands*, Düsseldorf 1984, S. 84; Erlebnisbericht 1959, S. 33 f., NL Forschbach, ACDP I-199; HSTA Düsseldorf, RWN 88-5, S. 184; Willy BUSCHAK, *»Arbeit im kleinsten Zirkel«. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 243 ff.

Sie und Ihre Organisation zurückgreifen«.[20] Das Datum dieses wichtigen Gespräches hat Müller nicht überliefert, ebensowenig den Namen seines Gesprächpartners. Unter der Prämisse der korrekten Überlieferung legt die Ich-Form der Formulierung die Vermutung nahe, Beck selbst habe Müller aufgesucht, da ein anderer als der designierte Reichsverweser sich wohl nicht in der ersten Person Singular ausgedrückt hätte.

Müller sah es als Aufgabe der KAB an, im Westen politisches Personal bereitzustellen, das nach erfolgtem Sturz Hitlers im Sinne der Putschisten tätig werden könnte. Daher forderte er im Dezember 1943 von einer bevorstehenden Konferenz der Diözesanpräsides: »Der wichtigste Gegenstand der Beratungen müßte sein: was geschieht, wenn plötzlich der Krieg ein Ende nimmt, von Seiten unseres Vereins ...? Ob man nicht für diesen Fall schon die ersten Veröffentlichungen vorbereiten könnte?«[21]

1939 ergab sich durch Jakob Kaiser und Bernhard Letterhaus eine weitere Beziehung zu Militärkreisen. Josef Wirmer in Berlin vermittelte ihnen als den Gewerkschaftlern zusammen mit Leuschner und Habermann Kontakt zu Generaloberst Oster in der Abwehr. Die Militärs wünschten 1940 einen Generalstreik, den der sozialdemokratische Gewerkschaftler Wilhelm Leuschner zurückwies.[22] Über Letterhaus verfügte das Kettelerhaus außerdem über einige Verbindungen ins Ausland, die über die Katholische Arbeiterinternationale nach Holland und in die Schweiz liefen. Bei Reisen nach Holland traf er dort einige Male den 1934 aus Deutschland geflohenen früheren Reichskanzler Heinrich Brüning. Nach Kriegsende bezeichnete Brüning ihn als »den Einzigen ..., der in der Lage sein würde, wirklich die politische Führung zu übernehmen«.[23]

Brüning war nach eigenem Bekunden an der Versetzung von Letterhaus in die Abteilung Ausland des OKW im Sommer 1942 beteiligt.[24] Hier erhielt er Einblick in die wahre Kriegslage, Informationen, die über Groß an die übrigen Mitglieder des Kölner Kreises gelangten.

---

20 Bericht von Pfarrer W. Grewer, Neukirchen-Vluyn, abgedruckt in: *Arbeit und Opfer*, bearbeitet von K. H. BRÜLS, Köln 1972, S. 143.

21 KAB-Archiv, Otto Müller G VII, Kommission für Zeitgeschichte (Bonn).

22 Peter HOFFMANN, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, 3. Aufl. München 1979, S. 135; Museumsverein und Kulturforum Warburg (Hrsg.), *Josef Wirmer – ein Gegner Hitlers. Aufsätze und Dokumente*, Warburg 1989, S. 42; W. BUSCHAK (wie Anm. 19), S. 244 f.

23 Brief Brünings an Grete Letterhaus vom 15.8.1946, Sozialarchiv im Bistum Essen, und Brüning-Brief vom 1.1.1946, NL Schwering, Hist. Arch. Köln 1193-505; H. BRÜNING, *Briefe und Gespräche 1934-1945*, hrsg. v. Claire NIX, Stuttgart 1974, S. 66 u. S. 88.

24 Brüning am 1.1.1946 u. am 15.8.1946 (wie Anm. 23).

Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen

Der Kölner Kreis hielt über Letterhaus und teilweise über Groß Verbindung zu anderen und bekannteren Widerstandskreisen, die nicht im Westen Deutschlands beheimatet waren. Die wichtigste Verbindung ging über Letterhaus und Kaiser[25] nach Berlin zu Goerdeler und der Gewerkschaftlergruppe. Damit war eine Zusammenarbeit mit der aktiven Verschwörung gegen Hitler gewährleistet, da die Goerdeler-Gruppe eng mit den militärischen Verschwörern kooperierte und sie zum Handeln antrieb.

Weiter standen die Kölner über Letterhaus und Groß in Kontakt zum Kreisauer Kreis, der sich um den Juristen und Völkerrechtler im OKW Helmuth J. Graf von Moltke auf dessen schlesischem Gut gebildet hatte.[26] Letterhaus stand über seinen ehemaligen Kollegen in der preußischen Zentrumsfraktion Hans Peters mit Kreisau in Verbindung.[27]

Zum Kreisauer Kreis zählte seit Anfang 1942 der Jesuitenpater Alfred Delp, der auf Wunsch seines Provinzials Augustin Rösch als Experte für die katholische Soziallehre an den Kreisauer Beratungen teilnahm. Groß lernte Delp 1942 bei den jährlichen Konferenzen für Männerseelsorge kennen, die seit 1938 im Auftrage der Fuldaer Bischofskonferenz unter Leitung des Ortsbischofs Dietz tagten.

Diese Zentralstelle für Männerseelsorge war der dritte Kreis, mit dem die Kölner kooperierten.[28] Er unterschied sich von den beiden anderen durch seine strikte Kirchenbindung und seine dadurch begrenzte Zielrichtung. Aufgrund seiner Katholizität stand er den Kölnern nach der Herkunft am nächsten.

Die Zentralstelle für Männerseelsorge in Fulda hatte sich auf der Grundlage der 1936 von der Fuldaer Bischofskonferenz entwickelten »Richtlinien für die Männerseelsorge« entwickelt. Ihre Aufgabe war rein innerkirchlich: Die pastorale Betreuung der Männer sollte reichsweit vereinheitlicht und den Möglichkeiten im NS-Staat angepaßt werden. Zu diesem Zweck trafen sich

---

25 Zu Jakob Kaiser s. Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer,* Berlin u.a. 1967.

26 Zum Kreisauer Kreis siehe u.a. Roman BLEISTEIN, Alfred Delp. Geschichte eines Zeugen, Frankfurt a.M. 1989; DERS., *Jesuiten im Kreisauer Kreis,* in: *Stimmen der Zeit* 200, 1982, S. 595-607; DERS., *Alfred Delp. Glaubenszeugnis im Widerstand,* in: *Stimmen der Zeit* 202, 1984, S. 219-226; Freya von MOLTKE/Michael BALFOUR/Julian FRISBY, *Helmuth James von Moltke 1907-1945. Anwalt der Zukunft,* Stuttgart 1975. Möglicherweise hatte Letterhaus auch Kontakte zum Kreisauer Kreis, da er Moltke dienstlich kannte.

27 Brief von Hans Peters an Alexander Drenker vom 6.6.1948, Archiv des Kettelerhauses Köln.

28 Zur Fuldaer Männerseelsorge s. *Fragen der Männerseelsorge,* Bd. 1 u. 2, hrsg. v. Anton WOHLGEMUTH, Fulda 1938/39, sowie die Aktenbestände des BA Fulda (007-01 Fasz. 1-4) und des Bonifatiushauses Fulda.

alle katholischen Verbände und Organisationen, die mit Männerseelsorge zu tun hatten, bei Bischof Dietz in Fulda. Die KAB war durch Joos, Groß oder Müller vertreten. Das Kettelerhaus engagierte sich weiterhin für dieses Gremium, indem es sich am kleinen vorbereitenden Arbeitskreis beteiligte, der sich im Frühjahr 1939 und 1941 in Köln traf. Die Themen der Fuldaer Versammlung kreisten um pastorale Fragen, wobei man unter anderem die Taktik verfolgte, zeitgenössische Wertvorstellungen wie Ehre, Mannestum, Held etc. aufzugreifen und katholisch zu interpretieren. Eine klar durchdachte Distanz zum NS-Regime, die über die Ablehnung der Rassenideologie und Kirchenpolitik hinausgriff, ließ sich so nicht gewinnen. Das änderte sich erst mit dem Hinzutreten Delps, den der Kölner Vorbereitungskreis 1941 für die Behandlung des Themas »Vertrauen zur Kirche« engagierte.

Delp befreite die Fuldaer Tagung aus ihrer auf katholische Interna begrenzte Sicht und wies sie auf die gesamt-gesellschaftliche Verantwortung von Christentum und Kirche hin. Er bezeichnete es als Pflicht des kirchlichen Amtes, für die Freiheit der Menschen zu kämpfen. 1943 forderte Delp von der Fuldaer Konferenz, Überlegungen zur staatlichen und gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Ende der NS-Herrschaft anzustellen, denn rein religiöse Lösungen seien keine Lösungen, da die Glaubwürdigkeit der Kirche und ihrer christlichen Botschaft von ihrem Einsatz für die Menschen abhänge.[29] Die Fuldaer Tagung befaßte sich daher auch mit der gesellschaftspolitischen Verantwortung der Kirche, was in – ergebnislosen – Diskussionen in kleiner Runde über den Tyrannenmord gipfelte.[30] Für den Kölner Kreis bedeutete die Mitarbeit der KAB-Vertreter in Fulda die enge Anbindung an die Zielsetzungen der katholischen Kirche und darüber hinaus eine Nahtstelle zum Kreisauer Kreis. Dadurch kam westdeutsches, katholisches, industrielles Denken mit preußisch-protestantischem, agrarischem Denken in Verbindung.

Nachdem Groß 1942 Delp in Fulda kennengelernt hatte, kam Delp öfter zu Beratungen nach Köln, denn die Kreisauer zogen die KAB-Spitze als Repräsentantin der katholischen Arbeiterbewegung den Christlichen Gewerkschaften um Jakob Kaiser wegen dessen enger Kooperation mit Goerdeler vor, der ihnen als Reaktionär galt. Einige Male traf Delp bei diesen Besuchen in Köln auch Letterhaus, der sich in Berlin der Goerdeler-Kaiser-Gruppe angeschlossen hatte, da er zu Kaiser seit langem enge Verbindungen hielt. Delp, der davon nichts wußte, versuchte 1942 bei

29 R. BLEISTEIN (wie Anm. 26), S. 219; Michael POPE, *Alfred Delp SJ im Kreisauer Kreis. Die rechts- und sozialphilosophischen Grundlagen in seinen Konzeptionen für eine Neuordnung Deutschlands,* Mainz 1994.

30 Interview mit Prälat Heribert Abel in Fulda am 22.04.1989.

seinem ersten Treffen mit Groß, Letterhaus für die Kreisauer zu gewinnen. Letterhaus blieb jedoch beim Goerdeler-Kreis, wohl weil er überzeugt war, daß Hitler beseitigt werden müsse, um größeres Unheil zu verhindern. Daraus leitete er die Notwendigkeit der Kooperation mit oppositionellen Militärs ab, zu denen die Goerdeler-Gruppe, nicht die Kreisauer, in Kontakt standen.[31] Bei ihrem Treffen im Kettelerhaus trugen Letterhaus und Delp die Meinungsunterschiede zwischen Kreisau und Berlin untereinander aus. Im Frühjahr 1943 nahm auch Kaiser an einem solchen Gespräch teil, in dem die Mißstimmigkeiten zwischen den katholischen Beteiligten des Kreisauer Kreises und der Goerdeler-Gruppe ausgeräumt werden konnten.[32] Da dieses Treffen nur etwas später als die große Aussprache zwischen Berlinern und Kreisauern am 8. Januar 1943 stattfand, die trotz weiter bestehender Meinungsverschiedenheiten eine engere Zusammenarbeit bewirkte,[33] trug es zur Kooperation dieser beiden Widerstandsgruppen bei. Das Kettelerhaus wurde somit zur Clearingstelle für die katholischen Mitglieder der Kreisauer und Berliner Gruppen und den Kölner Kreis, was auch daran ersichtlich wird, daß ebenfalls Pater Welty und Josef Wirmer, der designierte Justizminister Goerdelers, der für Freisler zu den »verbissensten, wirklich fanatisch hassenden Gegnern des Nationalsozialismus«[34] zählte, manchmal an den Treffen teilnahmen.

Durch den engen Anschluß von Letterhaus an den Berliner Widerstand 1942 entstand eine besonders enge Kooperation mit dem Kölner Kreis, bedingt durch die enge Freundschaft zwischen Letterhaus und Groß. Doch zumindest Letterhaus hatte wohl schon spätestens seit März 1938 lose Beziehungen zu dem Kreis um Goerdeler, was daran ersichtlich ist, daß er – nach Brüning – seine optimistischen Lagebeurteilungen für die Putschpläne der Militäropposition nicht geteilt habe. Die katholischen Vertreter des

---

31 Hans BERGER, *Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands von 1930-1945*, in: *Internationale Katholische Zeitschrift »Communio«* 10, 1981, S. 489; vgl. auch Brief von A. Drenker v. 14.7.1948, KAB-Archiv, GVI 3b, S. 489, Kommission für Zeitgeschichte (Bonn), sowie Brief v. 13.5.1948, ebd., S. 497.

32 Hugo STEHKÄMPER (wie Anm. 2), S. 895; *Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, hrsg. v. Hans-Adolf JACOBSEN, Stuttgart 1984; Bericht Kaltenbrunners vom 18.9.1944.

33 P. HOFFMANN (wie Anm. 22), S. 443 ff. Ger van ROON, *Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick*, München 1979, S. 155; Wilhelm Ernst WINTERHAGER (Bearb.), *Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, Mainz 1985, S. 137 ff.

34 H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 541; BA Berlin NJ 17548, Bd. 1-2, Bl. 17; H. STEHKÄMPER (wie Anm. 2), S. 875; F. FOCKE (wie Anm. 11), S. 178; Bartholomäus Koßmann in: *Saarheimat. Zeitschrift für Kultur, Landschaft, Volkstum, 1985*, S. 827; Wilhelm BÖTTRICH, *Der Volksgerichtshofprozeß gegen Josef Wirmer. Dokumente und Erläuterungen*, in: *Josef Wirmer* (wie Anm. 22), S. 69 u. 85.

Berliner Widerstandes (Kaiser, Wirmer, Letterhaus) stellten in den folgenden Jahren den Kontakt zwischen Goerdeler und dem Kettelerhaus her, um ihre eigene Position zu stärken, die Basis des Widerstands zu vergrößern und den künftigen Reichskanzler mit dem Gedankengut des sozialen Katholizismus vertraut zu machen. 1942 berieten die Berliner Gewerkschaftsgruppe und die Kölner über sozialpolitische Entwürfe. 1943 verlagerte sich der Beratungsschwerpunkt aufgrund des Druckes der militärischen Verschwörer auf die personelle Besetzung von Schlüsselpositionen nach erfolgtem Umsturz. Um diese Fragen für Westdeutschland zu besprechen, kam Goerdeler im Herbst 1943 nach Köln, wobei man eine provisorische, nicht überlieferte Liste beschloß.[35] Außerdem beriet man über das künftige Verhältnis von Staat und Kirche, wozu eine Abhandlung Siemers als Grundlage dienen sollte.[36]

An der Personalplanung für die Regierung der Verschwörer waren Vertreter des Kölner Kreises nicht nur mit gelegentlichen Gesprächen beteiligt. Letterhaus war nach der letzten, von Kaiser überlieferten Kabinettsliste als Wiederaufbauminister vorgesehen, wurde aber auch als Politischer Beauftragter des Wehrkreises Münster geführt. Den Politischen Beauftragten war in der Personalstruktur des Widerstandes die wichtige Rolle zugedacht, nach dem Putsch erst als Berater der Generalkommandeure, dann als Oberpräsidenten zu fungieren. Groß versuchte im Auftrag von Kaiser und Goerdeler, den Zentrumspolitiker und früheren Regierungskommissar (bis 1935) im Saarland Bartholomäus Koßmann für den Wehrkreis Wiesbaden zu gewinnen.[37]

Die Einbindung des Kölner Kreises in das zivile Zentrum des Widerstandes in Berlin erweist sich somit als recht intensiv; man kann ihn sogar als dessen Standbein im Westen bezeichnen. Wenn man berücksichtigt, daß der Kölner Kreis von dem von Jakob Kaiser mit ehemaligen Christlichen Gewerkschaftern aufgebauten Netz nicht zu trennen ist und deren Bedeutung für die Goerdeler-Gruppe in Rechnung stellt, scheint diesen katholisch geprägten Gruppen eine gewisse Schlüsselstellung im zivilen Widerstand eigen gewesen zu sein, da sie eine Vermittlerposition sowohl zur protestantisch-national-konservativen Opposition als auch zum Widerstand aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einnahmen, zumal einige Gruppierungen sich schon Ende 1933, sicher datierbar nach dem 30.6.1934, formierten. Ihnen gelang es seit den 30er Jahren, alte soziale und weltanschauliche Barrieren zu durchbrechen, was angesichts der traditionellen

35 Siemer, Erinnerungen (wie Anm. 17), S. 124; Heinrich Brüning (wie Anm. 23), S. 181, Eintragung v. März 1938.

36 BA Koblenz, NL. J. Kaiser, Siemer vom 16.6.1945.

37 Haftbefehl des Ermittlungsrichters beim Volksgerichtshof (VGH) vom 10.11.1944, Landesarchiv Saarbrücken LEA 8611.

Fremdheit zwischen katholischer Arbeiterschaft im Westen und preußisch-konservativen, protestantischen Offizieren beachtlich ist.

Die Zukunftspläne: Quellenlage

Über die Zukunftsvorstellungen des Kölner Kreises sind keine direkten Quellen überliefert, denn die beiden Schriften *»Ist Deutschland verloren?«* und *»Die großen Aufgaben«* wurden nach dem gescheiterten Attentat von 1944 vermutlich von Nikolaus Groß vernichtet.[38] Diese Schriften hatte er gemeinsam mit Wilhelm Elfes als Zusammenfassung der Gespräche im Kettelerhaus seit 1941 verfaßt. So bleibt nur der Versuch einer Rekonstruktion aus Texten von Teilnehmern des Kölner Kreises. Dabei steht die Frage nach ihrem Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie im Vordergrund, denn in seiner verhältnismäßigen Demokratiefreundlichkeit liegt das Spezifische des Kölner Kreises. Die wichtigsten Quellen stammen von Wilhelm Elfes und Pater Eberhard Welty.

Von Elfes liegen neben einigen kleineren Schriften Notizen für einen Vortrag für eine geheime Konferenz der KAB 1942 in Bochum, ein Brief an Otto Müller mit Kritik an den Kölner Planungen vom 21.6.1943 und ein 1944/45 im Versteck verfaßter Titel *»Ich bitte ums Wort«* vor,[39] der teilweise auf der Bochumer Konferenz mit KAB-Sekretären beruhte.[40] Die Bedeutung dieser Quellen liegt in der erwähnten Mitautorenschaft von Elfes an den verlorengegangenen Schriften des Kölner Kreises.

Die Bedeutung der Überlieferungen von Welty liegt dagegen in der Tatsache, daß die beiden nicht mehr vorhandenen Texte des Kölner Kreises nach Diskussionen mit ihm bzw. Siemer aufgrund seiner Vorlagen entstanden. Ihre Besonderheit liegt darin, daß sie teilweise erst nach dem Ende des Dritten Reiches verfaßt wurden. Die frühere und kürzere Schrift *»Was nun?«* beruhte auf Weltys Vorschlägen für einen Hirtenbrief, den die deutschen Bischöfe nach den Vorstellungen des Kölner Kreises nach dem Ende des Dritten Reiches verlesen sollten. Hintergrund dieser Initiative war die Skepsis, ob die Bischöfe von sich aus auf die von den Kölnern für richtig gehaltene Weise Stellung bezögen.[41] Entsprechend der religiösen Zielrichtung finden sich in der Schrift *»Was nun?«* viele theologische Gedankengänge. Daher

38 NL Leo Schwering, Hist. Arch. Köln; Bericht Josef Hofmann 1977, in: HOFMANN (wie Anm. 16), S. 122; Interview mit Gertrud Elfes am 6.8.1991.

39 »Ich bitte ums Wort«, NL Elfes, 1518-1577, S. 33-37, Stadtarchiv (StA) Mönchengladbach.

40 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 116.

41 »Man hatte kein rechtes Vertrauen zur Aktivität der Bischöfe«, berichtet Siemer am 16.6.1945, NL Leo Schwering, 330,1, S. 6, Hist. Arch. Köln.

stützt sich die folgende Analyse primär auf die politischer gehaltene zweite Schrift.

Weltys erst 1946 veröffentlichter Text *»Entscheidung in die Zukunft«* beruhte in ähnlicher Weise auf seinen Ausarbeitungen für den Kölner Kreis. Sie wurden in seiner Abwesenheit im Kettelerhaus diskutiert. Nach eigenen Angaben überarbeitete Welty sie nach der Diskussion im Kettelerhaus, wie er nach Kriegsende den Gründern der Kölner CDU bei ihrem ersten Treffen in Walberberg versicherte.[42] Doch angesichts des zeitlichen Abstandes von gut einem Jahr ist Skepsis angebracht, ob seine Schrift wirklich völlig den Änderungswünschen der damaligen Diskussionsteilnehmer entspricht oder ob nicht vielmehr nachträglich Weltys eigene Vorstellungen in stärkerem Maße eingeflossen sind. Sicherlich ist es nicht möglich, seine Schriften mit den Kölner Absichten gleichzusetzen, wie es teilweise in der Literatur geschieht.[43]

Zwischen den Texten von Elfes und Welty sind zum Teil Widersprüchlichkeiten zu konstatieren. So muß aus der Zusammensetzung des Kölner Kreises sowie der Art seiner Verbindungen nach Berlin und Kreisau auf die plausiblere Variante geschlossen werden. Außerdem besteht zwischen den Schriften von Elfes und Welty ein formaler Unterschied. Weltys Texte sind länger und zum Teil akademisch-philosophisch geprägt; Elfes richtete sich an nicht akademisch gebildete KAB-Vertreter; der Form nach handelt es sich um Vorträge oder Briefe.

Ein weiteres Hilfsmittel zur Rekonstruktion der Kölner Pläne sind Texte von anderen Mitgliedern des Kreises. Einzelne Hinweise hat Josef Hofmann überliefert. Von Nikolaus Groß existiert zwar ein umfangreicher Nachlaß, aber er war kein originärer politischer Denker. Seine Schriften befassen sich hauptsächlich mit Familie, Gemeinde und Kirche;[44] daher ist auch seine Autorschaft für die verlorengegangenen Schriften nicht sehr hoch zu veranschlagen.

Vorstellungen zu Staatsaufbau und Parteien

Der Kölner Kreis befaßte sich mit dem Parteienproblem intensiver als mit dem Staatsaufbau, bei dem er offensichtlich mit großer Selbstverständ-

---

42 Welty an Kosthorst 11.6.1964, NL. J. Kaiser 56, BA Koblenz, und Welty an Schwering 11.1.1962, NL Leo Schwering 1193, Hist. Arch. Köln.

43 Etwa Hans MOMMSEN, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands*, in: Hermann GRAML (Hrsg.), *Widerstand im Dritten Reich*, Frankfurt a.M. 1984, S. 47 f. u. 66 ff., sowie F. FOCKE (wie Anm. 11).

44 Vgl. Dokumentation Groß, Bd. II 3, zusammengestellt von Vera Bücker, Sozialarchiv im Bistum Essen, 1992.

lichkeit eine wie auch immer geartete Demokratie voraussetzte. Das wird besonders an den Schriften von Elfes deutlich.

Wie die Berliner und Kreisauer gingen auch die Kölner von einer breiten Volksbewegung zur Unterstützung der Umsturzregierung aus, die sie durch Flugschriften propagandistisch vorzubereiten suchten.[45] Doch verstanden sie darunter nicht wie die Konservativen um Goerdeler lediglich ein Auffangbecken oder wie die Kreisauer eine neue Elite aus allen Schichten, sondern eine breite, mehr oder weniger christlich orientierte Volkspartei.[46]

Während der Kreisauer Kreis, entsprechend seinem organischen Politikverständnis und seiner Idee konfliktfreien Regierens, versuchte, eine Demokratie ohne Parteien zu konzipieren, gestand die Goerdeler-Gruppe den Parteien nur ein äußerst beschränktes Mitwirkungsrecht zu, da sie lediglich die Hälfte der Abgeordneten der zweiten Kammer stellen sollten.[47] Demgegenüber betrachteten die Kölner Parteien nicht als notwendiges Übel, sondern als Selbstverständlichkeit. So betrachtete Elfes ein aus (berufs-) ständischen Organisationen gebildetes Parlament nicht, wie Goerdeler, als das Wünschenswerte, sondern lediglich als »provisorische Volksvertretung – eine Art Vorparlament«, da es zur Zeit »an jeder sonstigen Voraussetzung fehlt«.[48] Damit deklarierte er die Berliner Pläne zum Provisorium und Durchgangsstadium zur parlamentarischen Parteiendemokratie, denn »die Wahl einer parlamentarischen Volksvertretung muß alsbald in die Wege geleitet und nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt werden, damit eine wirkliche Volksregierung gebildet werden kann ...«.[49]

Die Parteien waren also für die Kölner ein selbstverständliches Element der Demokratie. Unter ihr verstand Elfes, daß jeder Bürger die gleichen Rechte, jeder eine Stimme hat und jeder wählbar ist sowie die Zusammensetzung der Regierung nach dem Größen- und Kräfteverhältnis der Parteien erfolgt.[50] Deren Existenz und ihre dominierende Rolle für die Regierung setzten die Kölner also mit größerer Selbstverständlichkeit als die Kreisauer und Berliner voraus. Dementsprechend machten sie sich gründliche Gedan-

---

45 NL Hensel, HSTA Düsseldorf RWN 88; Gabriele ZIELINSKI, *Der Kölner Kreis 1928-1935,* Ruhr-Universität Bochum, unveröffentlichte Magisterarbeit 1989, S. 125.

46 Hans MOMMSEN, *Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung. Beiträge zum Thema Widerstand,* hrsg. v.Informationszentrum Berlin 1985, S. 586; DERS., *Neuordnungspläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944,* in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *50. Jahrestag des Attentates vom 20. Juli 1944. Zum Gedenken an den Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft,* Bonn 1994, S. 27-48.

47 Albrecht von MOLTKE, *Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung,* Köln 1989, S. 214 ff.; G. van ROON (wie Anm. 33), S. 152 f.; H. MOMMSEN (wie Anm. 23); J. Wirmer (wie Anm. 22).

48 StA Mönchengladbach, NL W. Elfes, 1518-1577, S. 67, März 1943.

49 StA Mönchengladbach, NL W. Elfes, 1518-1577, S. 67/68.

50 Eberhard WELTY, Die Entscheidung in die Zukunft, Köln 1946, S. 227.

ken über das wünschenswerte Aussehen einer Partei, die ihre Interessen vertreten könnte.

An eine Wiedergründung des Zentrums dachte offensichtlich niemand im Kettelerhaus, sondern eine größere Interessenzusammenfassung war allen Beteiligten selbstverständlich. Dafür wurden verschiedene Modelle diskutiert, ohne daß festzustellen ist, für welches man sich endgültig entschied. Eines davon sah eine Partei der Arbeit vor und sollte den christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern eine politische Heimat bieten. Es stellte somit das politische Pendant zur in der Gewerkschaftsgruppe um Goerdeler intendierten Einheitsgewerkschaft dar und wurde zeitweise besonders von Jakob Kaiser und Wilhelm Elfes favorisiert.[51] Elfes begründete die Notwendigkeit einer solchen Partei ohne konfessionelle Bindung, weil die Arbeiterschaft die tragende Schicht des deutschen Volks-, Wirtschafts- und Staatslebens sei. Diese Partei sollte explizit auf kirchliche Bindungen verzichten, um die Kirche nicht mit unpopulären, aber notwendigen Maßnahmen zu belasten. Nur wenn die Kirche bedroht sei, sei eine christliche Partei vonnöten.[52] Damit erteilte er selbst einer interkonfessionellen Partei eine Absage, womit er entsprechenden Überlegungen der Berliner Gewerkschaftler entsprach. Folgerichtig lehnte er noch 1945 den Zusatz »christlich« im Parteinamen der neuen Partei ab.[53]

Es ist fraglich, ob die Mehrheit des Kölner Kreises diese Konzeption teilte, nach der die Kirche ohne unmittelbaren politischen Einfluß bleiben sollte. Sie lief dem Denken zumindest der KAB-Spitze zuwider, die sich in der Weimarer Zeit heftig gegen eine Vertretung katholischer Arbeiterinteressen außerhalb des (kirchennahen) Zentrums mit dem Argument gewehrt hatte, die Wahl einer anderen Partei entfremde die katholischen Arbeiter langfristig der Kirche und lasse sie religiös gleichgültig werden.[54] Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Entwicklung im Dritten Reich und persönliche Kontakte über das katholische Milieu hinaus die KAB-Vertreter den engen konfessionellen Blickwinkel verlieren ließen, so ist nicht denkbar, daß sie einer Partei zustimmten, in der das katholische Element eine Minorität dargestellt hätte. Eher ist davon auszugehen, daß sie einer zweiten Konzeption

51 Gerhard BEIER, *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften,* in: Richard LÖWENTHAL/Patrik von zur MÜHLEN (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945,* Bonn/Berlin 1982, S. 48 f.; E. NEBGEN (wie Anm. 25), S. 65; Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949,* Stuttgart 1981, S. 34; Willi Eichler, HSTA Düsseldorf, RWN 139, S. 27, und J. HOFMANN (wie Anm. 16), S. 69; A. ESSER (wie Anm. 16), S. 119 f.

52 W. Elfes, »Ich bitte ums Wort«, S. 36 f., StA Mönchengladbach 15/8/77.

53 Wolfgang LÖHR, *Rechristianisierungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945-1948,* in: Jochen-Christoph KAISER/Anselm DOERING-MANTEUFFEL (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland,* Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 37, Anm. 25.

54 H. BERGER (wie Anm. 31), S. 375.

zuneigten, die in Berlin von Kaiser und besonders von Wirmer diskutiert wurde. Sie ging zwar auch von einer Partei der Werktätigen aus, ohne aber den kirchlichen Einfluß explizit auszuschließen. Diese Partei sollte ausdrücklich keine reine Arbeiterpartei sein. Die Mitarbeiterin Kaisers im Widerstand, Dr. Elfriede Nebgen, überliefert, daß Letterhaus und Groß für diese Einsicht offen gewesen seien.[55] Besonders Hermes drang darauf, daß die Partei sich nicht nur schwerpunktmäßig auf Arbeiter, sondern auch auf die Bauernschaft als zweite Säule stützen müsse. Elfes schloß zwar auch in einer späteren Schrift, die vielleicht auf dem – verlorengegangenen – von ihm gemeinsam mit Hermes erarbeitetem Parteiprogramm beruhte,[56] die Bauern in seine Partei der Arbeit ein, erwähnte sie aber nur am Rande. Für ihn standen weiterhin die Arbeiter im Mittelpunkt als »tragende Schicht« des deutschen Volkes. Daher verstand er die »Partei der Arbeit« auch nicht als »Klassen- oder Interessen-« sondern als »wahre Volkspartei«, die allen »schaffenden Ständen« offenstehen solle, soweit sie der »politischen und sozialen Kultur des Volkes«[57] dienen wollten.

Dennoch hatte dieses Modell wegen der sozialen Ausrichtung auf die Arbeiterschaft als wichtigste gesellschaftliche Gruppe einen tendenziell weniger konservativen Zuschnitt als das von Hermes mit der starken Betonung des Bauerntums. Dieses stand aufgrund seiner traditionellen Einstellungen in größerem Umfang dem Bürgertum offen, was den protestantisch bürgerlichen Vertretern der »Untergruppen« des Kölner Kreises entgegenkam. Wirmer ventilierte als dritte Variante die Idee einer christlichen Partei beider Konfessionen.[58] Sie stand nicht so sehr in Hinsicht der anvisierten sozialen Basis im Widerspruch zu Elfes' Überlegungen wie hinsichtlich des kirchlichen Einflusses, den Elfes ja gerade ausgeschlossen wissen wollte.

Wirmers Vorstellung dürfte der Gedankenwelt der Kölner am nächsten gekommen sein, da sie sowohl Christlichkeit als auch den alten Gedanken des Sozialkatholizismus der Volksgemeinschaft umfaßte und auch der sozialen Zusammensetzung einiger »Ortsgruppen« entsprach. Möglicherweise nahm sie sogar aus dem rheinischen Widerstand ihren Ausgang.[59]

Von Letterhaus ist bekannt, daß er der Idee einer überkonfessionellen Partei nahestand, wie sie ja auch in der Tradition des Essener Programms Stegerwalds von 1920 lag. Im Prozeß vor dem Volksgerichtshof nannte Letterhaus als Ziel »eine möglichst viele politische Gruppen umfassende

55 E. NEBGEN (wie Anm. 25), S. 188.

56 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 120.

57 Brief an O. Müller v. 21.6.1943, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 74.

58 J. Wirmer (wie Anm. 22), S. 43.

59 So behauptet Anna Hermes, diese Idee einer großen Volkspartei von der SPD bis zu den Konservativen habe Kaiser 1942 mit nach Berlin gebracht, Erinnerungen, S. 234, NL Andeas Hermes, ACDP I-090/160/2.

Volksbewegung mit dem Bekenntnis zum Christentum«.[60] Darin kam die Interkonfessionalität und soziale Heterogenität der anvisierten Partei zum Ausdruck.

Im Unterschied zu der ähnlichen Konzeption der Berliner Gewerkschaftsgruppe machte sich der Kölner Kreis nur Gedanken über die für ihn selbst wünschenswerte Partei, nicht über das Parteiensystem als Ganzes.

Bei den Staatsvorstellungen kommt der obengenannte partielle Widerspruch zwischen den Gedanken von Elfes und Welty zum Tragen, obwohl beide von einem Mehrparteiensystem ausgingen. Bei Welty wird dies nicht näher konkretisiert, während Elfes unzweifelhaft eine »parlamentarische Volksvertretung auf demokratischer Grundlage nach den Regeln des Mehrparteiensystems«[61] erstrebte. Damit kam er einer parlamentarischen Demokratie, wie sie sich in der Bundesrepublik herausbildete, näher als Goerdeler, Kaiser und erst recht als Kreisau. Der Kreisauer Kreis wünschte einen subsidiär über Gemeinde, Kreis, Land und Reich aufgebauten Staat mit starkem Reichsoberhaupt, wobei nur die beiden unteren Körperschaften direkt gewählt werden sollten; die Goerdeler-Gruppe strebte einen dezentralisierten, präsidialen Einheitsstaat an, der sich an den Reichsreformplänen Brünings und besonders am konstitutionellen System Bismarcks orientierte.

Von beiden Konzeptionen heben sich sowohl Weltys als auch Elfes' Überlegungen ab, die beide nicht daran denken, die Wirkungsmöglichkeiten von Parteien einzuschränken. Für Elfes sollte die Regierung der Volksvertretung verantwortlich sein, aber über genügend eigene Autorität und Beständigkeit verfügen, um notwendige große Staatsaufgaben aufgreifen und durchführen zu können.[62] Darin ist eine Reaktion auf die instabilen Verhältnisse und häufigen Regierungswechsel in der Weimarer Republik zu sehen, wobei Elfes freilich nicht wie Goerdeler zu den konstitutionellen Lösungen des 19. Jahrhunderts zurückkehrte. Er forderte eine starke Regierung, nicht, wie Goerdeler, ein starkes Staatsoberhaupt, worin sich seine größere Unbefangenheit gegenüber der westlichen Demokratie zeigt. Als Gegengewicht zur Zentralgewalt wünschte Elfes eine Selbstverwaltung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Körperschaften und Organisationen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip tätig werden sollten.[63] Darin traf er sich mit ständischen Überlegungen der anderen Widerstandskreise und baute

60 H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 549.

61 StA Mönchengladbach 15/8/101 S. 37 f., und A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117; E. Welty, Was nun?, S. 16.

62 StA Mönchengladbach 15/8/101, S. 37 f.

63 Schrift Elfes, Sommer 1942, Textkopie erhalten von Gertrud Elfes. Elfes beurteilte die Weimarer Republik nicht so schlecht wie andere: »... den bürgerlich-liberalen Staat, der freilich viel Gefälliges hatte ..., ... eine Verfassungsurkunde, die freilich voller guter Gedanken war ...« (S. 1); A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117.

ebenfalls berufsständische Elemente neben demokratischen in das politische System ein.

Anders als Elfes legte Welty auf das Wie der Staatsform und der Regierungskontrolle, der Beratung und Beschlußfassung weniger Wert, da er sie nur en passant erwähnte. Bezüglich der Parteien sei nur eine unbegrenzte Vielfalt und Verzettelung durch geeignete Bestimmungen zu verhindern, sonst aber habe die jüngste Entwicklung den Spott über den pluralistischen Parteienstaat widerlegt, den er folglich nicht ablehnte. Die Regierung müsse nicht vom Parlament abhängig sein und brauche nicht für alles seine Zustimmung.[64]

Welty dachte weniger von der Kompetenzverteilung als vom Staatsziel her, für das die Staatsgemeinschaft einer umfassenden und starken äußeren Ordnung bedürfe,[65] womit ein starker, autoritärer Staat impliziert war. Die deutsche Staatsgemeinschaft sollte ausgerichtet und geleitet werden entsprechend den Grundsätzen der christlichen Sittenlehre.[66] Damit wies er der Kirche letztlich ein Richtertum über die Staatstätigkeit zu – einerseits eine Reaktion auf den NS-Unrechtsstaat, andererseits ein an mittelalterlichen Vorstellungen orientierter Hegemonialanspruch, der die seit der Reformation erfolgte Säkularisierung und Pluralisierung der Gesellschaft außer acht ließ. Die staatlich-politische Gemeinschaft sei in die christliche Lebensordnung einbezogen und habe dem – transzendenten – Endziel zu dienen. Dementsprechend definierte Welty als Staatsziel die Aufgabe, der Kirche die Gelegenheiten und Einrichtungen zu schaffen, die es ihr ermöglichen sollten, als die große und gottbestellte Erzieherin der Menschen zum »christlichen Gesamtlebensziel« in möglichst freier und wirksamer Form zu arbeiten.[67]

Die Dominanz der katholischen Kirche in allen die Sittenlehre tangierenden Themen postulierte Welty deutlich, denn nach seiner Meinung käme die Staatsgemeinschaft nicht daran vorbei, »bei geeigneten Kennern der natürlichen wie christlichen Sittenlehre anzufragen, ob dieses oder jenes geplante Gesetz das Gewissen der Bürger nicht belastet und wenn ja, ob und wie es abzufassen ist, damit dieser Widerstreit nicht eintritt«.[68] Zusätzlich forderte er den kirchlichen Primat über die Wissenschaft: »Manchmal findet menschliches Forschen und Überlegen allein nicht die notwendige Gewißheit, sondern einzig das unfehlbare Lehramt der Kirche kann die endgültige Entscheidung fällen.«[69]

---

64 Bernd UHL, *Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947*, Mainz 1975, S. 61; E. WELTY (wie Anm. 50), S. 86 f. u. S. 98.

65 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 80, u. DERS. (wie Anm. 61), S. 14.

66 DERS. (wie Anm. 50), S. 188.

67 EBD., S. 127; DERS. (wie Anm. 61), S. 4-7.

68 DERS. (wie Anm. 50), S. 179.

69 EBD., S. 67.

Die allgemeine Kritik am Rechtspositivismus und eine Rückwendung zum Naturrecht, die nicht auf katholische Kreise beschränkt blieb, sondern auch bei den Kreisauern zu beobachten war und auch später im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland seinen Niederschlag fand, implizierte das Problem einer Instanz zur Interpretation des Naturrechts. Diese Frage blieb meist unbeantwortet, da sie das Zentralproblem des Naturrechts, seine verbindliche Definition, aufwarf. In unbekümmerter Selbstsicherheit reklamierte Welty das Definitionsrecht für die katholische Kirche, ohne zu fragen, ob dies in der modernen Gesellschaft noch zeitgemäß war. Dagegen meldete Elfes Zweifel an, ob das deutsche Volk noch ein christliches sei, was bei den Zukunftsplanungen berücksichtigt werden müsse.[70] Welty entwickelte aus dem kirchlichen Anspruch auf das Sinnmonopol sein autoritäres Staatsbild, das von Sorge um Machtmißbrauch nicht tangiert war, obwohl dies nach den NS-Erfahrungen eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Aber da er die Staatsmacht unter Kuratel der moralischen Instanz Kirche stellte, erübrigte sich für ihn der Schutz vor Machtmißbrauch. Für ihn wie auch für Delp in Kreisau entsprang die moralische und rechtliche Katastrophe des Nationalsozialismus aus dem liberalen Staatsverständnis der Weimarer Zeit, das den Staat als »bloße Versorgungsanstalt für Sachgüter«[71] begriffen habe, ohne ihm eine ethische Fundierung im Naturrecht zu geben. Da er dieses Manko aufheben wollte, machte er ähnlich wie Delp sich viele Gedanken um die Neukonstitution des Rechts.[72]

Der autoritäre Charakter von Weltys Staatsmodell kam hauptsächlich in Erziehungs- und Bildungsfragen zum Tragen, eine traditionelle Domäne der Kirche, in der sie den Vorrang beanspruchte. Nur daraus ist zu erklären, daß er der Staatsgemeinschaft das Recht zusprach, »den Eltern streng zu verbieten, ihre Kinder im Sinne derartiger erwiesen falscher und gefährlicher Anschauungen zu erziehen«.[73]

Damit leugnete er das im Dritten Reich von der Kirche so hartnäckig verteidigte Elternrecht, wo es wegen des Monopolanspruches der Kirche opportun erschien, denn der Staat fungierte hier lediglich als weltlicher Arm der Kirche und handelte nicht aus eigenem Recht. Im Gegensatz dazu sah Elfes »die persönliche Gewissensfreiheit« als »das oberste Prinzip eines Kulturvolkes«[74] an, womit er das Gewissen des Einzelnen, in Vorwegnahme des zweiten Vaticanums, über den Gehorsamsanspruch der Kirche stellte.

---

70 StA Mönchengladbach 15/8/77.

71 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 81.

72 DERS. (wie Anm. 61), S. 10-15; M. POPE (wie Anm. 29), S. 213.

73 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 122.

74 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117.

Die Unterordnung des Staates unter die Kirche widersprach eindeutig Elfes' Vorstellungen nicht nur beim Schulwesen, bei dem er sich unter gewissen Bedingungen sogar eine Anerkennung der Gemeinschaftsschule vorstellen konnte.[75] Die kirchliche Hegemonie haben aber auch, anders als Welty, zumindest Otto Müller und Siemer nicht verlangt, obwohl auch ihnen selbstverständlich der Einfluß der Kirche in Erziehungsfragen wichtig war. Bei anderem Sachverhalt hätte der liberal geprägte Goerdeler eine Abhandlung Siemers zum Schulwesen, in der dieser eine enge Zusammenarbeit von Staat und Kirche in der christlichen Gemeinschaftsschule beschrieb, als Gesetzentwurf nicht verwerten wollen.[76] Welty dürfte in der Erziehungsfrage weitgehend isoliert gewesen sein.

Die in Weltys Staatsvorstellung in Erziehungsfragen der Kirche dienende Funktion ist konstitutiv für sein Interesse an einer Stärkung der Autorität des Staates. Daher lehnte er Kritik am Staatshandeln weitgehend mit dem Argument ab, daß der Staat sich dort zur Wehr setzen müsse, wo Unberufene (!) an Maßnahmen einer Regierung Kritik übten. So befürwortete er eine handfeste Zensur.[77] Dennoch versuchte Welty, Intoleranz und Illiberalität zu mildern, indem er sich gegen die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger aussprach.[78] Den hier auftretenden Widerspruch versuchte er durch eine Inhalts- und Formbestimmung erlaubter Kritik zu lösen. Formal sollte Kritik in »ehrerbietiger« Weise gestattet sein. Sie sollte sich auf Gesetze und Maßnahmen im Vorbereitungsstadium beschränken und bei deren Inkrafttreten verstummen.[79] Inhaltlich begrenzte er sie so: »Im höchsten Sinne strafbar macht sich, wer es wagt, die naturrechtlich-christliche Grundlage des Staatswesens öffentlich anzuprangern oder anzugreifen.«[80] Damit unterstrich er nochmals die Suprematie der Kirche. Zu diesen Schlüssen gelangte Welty, weil er den Nationalsozialismus als Endstufe des Säkularisierungsprozesses und verhängnisvolle Konsequenz der Abwendung von Gott interpretierte. Diese damals weit verbreitete Deutung vertraten auch andere Mitglieder des Kölner Kreises.

In Weltys Staatsbild verbinden sich mittelalterliche Vorstellungen bezüglich der Rolle der Kirche mit modernen, parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsentwürfen, was er offensichtlich für miteinander vereinbar hielt. Darin unterschied er sich von Elfes, der sogar eine starke Verquickung

---

75 Elfes an die Bischöfe von Aachen, Trier, Mainz, Breslau, Paderborn (nicht erreicht), März 1944, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 84.

76 Laurentius SIEMER, *Aufzeichnungen und Briefe*, Frankfurt a. M. 1957, S. 130.

77 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 209.

78 EBD., S. 211.

79 EBD., S. 220 f.

80 EBD., S. 218.

von Staat und Kirche, wie gezeigt, ablehnte, so daß innerhalb des Kölner Kreises diesbezüglich konkurrierende Modelle existierten. Mit seinem weltanschaulich-kirchlichen Monopolanspruch stand Welty innerhalb der Widerstandskreise allein. Dieser wurde selbst dort in dieser Radikalität nicht geteilt, wo, wie bei J. Hofmann, ebenfalls Mitglied des Kölner Kreises, den Kirchen eine geistige Schlüsselrolle zur Wiederherstellung des inneren Friedens zugebilligt wurde. Hofmann verlangte lediglich eine privilegierte staatliche Förderung des Theologiestudiums.[81]

Die Goerdeler-Gruppe lehnte Weltys kirchliche Ansprüche wegen ihrer Verhaftung in altliberalem, aber auch konservativem und protestantischem Denken ab. Aber auch der Kreisauer Kreis sprach sich ganz im Gegensatz zu Welty für eine Trennung von Staat und Kirche aus. Selbst Delp als einer seiner katholischen Vertreter hielt eine einfache Rückkehr zum christlichen Staat für keine Lösung der Zeitprobleme, da er die Zurückfindung des Menschen zu sich selbst nicht leiste. Delp kritisierte die hierarchische Bürokratie der katholischen Kirche, da sie den Menschen als Subjekt des kirchlichen Lebens aus dem Auge verloren habe.[82] Die Aufhebung der Selbstentfremdung sei aber die Voraussetzung für die religiöse Wiederansprechbarkeit des Menschen. Dazu müsse die Kirche durch Erziehung zu Selbständigkeit und Urteilsfähigkeit beitragen sowie ihre weltliche Macht reduzieren, da »der europäische Mensch die nächsten 100 Jahre keine Bündnisse zwischen Thronen irgendwelcher Art und den Altären verträgt«[83] – ein diametrales Kontrastprogramm zu Welty und eine gewisse Ähnlichkeit zu den Argumenten von Elfes. Daher schlug das Kreisauer Staatsmodell die Beseitigung des Staates in seiner modernen und technisierten Form vor, damit der einzelne in kleinen Gruppen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip reintegriert werden könne.

Der Unterschied zwischen den beiden Patres Welty und Delp liegt tiefer als nur in den für die Kirche erstrebten staatskirchenrechtlichen Strukturen. Delp war entsprechend der jesuitischen Schule (u.a. Heinrich Peschs Solidarismus) der Auslegung der Sozialenzykliken bereit, die liberal-individualistische Gesellschaftsordnung als Epochenerscheinung partiell zu akzeptieren. Dagegen betonte Welty, orientiert an Thomas von Aquin und an der Neoscholastik, die Ganzheit und Gemeinschaft als vorrangig vor dem Individuum, woraus er das Recht der Gemeinschaft zu einschneidenden Maßnahmen ableitete.[84] Damit bewies er nicht nur eine konservative

81 HSTA Düsseldorf RWN 210, Nr. 718; Vera BÜCKER, *Die Schulddiskussion im deutschen Katholizismus nach 1945*, Bochum 1989, S. 105 ff.

82 H. MOMMSEN (wie Anm. 43), S. 25.

83 L. SIEMER (wie Anm. 76), S. 126 f.

84 R. UERTZ (wie Anm. 51), S. 19.

Interpretation der katholischen Soziallehre, sondern auch eine geringere Akzeptanz der Moderne, wie sie sich entwickelt hatte. Wenn er den Vorrang der Gemeinschaft propagierte, übersah er die Gefahr organisatorischer Parallelen seines Modells zum Dritten Reich.

In den Kölner Diskussionen stieß auch Delps Modell auf Ablehnung – zumindest bei Letterhaus, der ihn heftig angriff.[85] Daran läßt sich ablesen, daß die Kölner bei den Staatsvorstellungen auch den Kreisauern nicht zuneigten, ohne andererseits Weltys Ideen zu übernehmen, der mit ihnen in den Überlegungen der Widerstandskreise aufgrund seiner explizit katholisch-autoritären Vorstellungen isoliert war.

Die demokratischen Ideen von Elfes sowie die enge Zusammenarbeit von Letterhaus mit der Gruppe Goerdeler-Kaiser und die Zusammensetzung der Kreise in Düsseldorf und Bonn legen die Vermutung nahe, daß der Kölner Kreis deren Ideen trotz ihrer teilweise liberalen Grundlage am ehesten als akzeptabel betrachtete, und sei es nur wegen des den Parteien dort eingeräumten Raumes. Die Kontakte über das katholische Milieu hinaus in Kreisen des Widerstandes oder schon in der Zeit der Weimarer Republik dürften sie gelehrt haben, daß eine Rückkehr zu einem katholischen oder christlichen Staat in der deutschen pluralistischen Gegenwart mit Sozialismus, Liberalismus und Protestantismus anachronistisch war.

In den Kölner Diskussionen kam noch ein weiteres Element der Umsetzung der christlichen Gesellschaftslehre vor, das sich bei Elfes und Welty findet und in irgendeiner Form auch bei den anderen Widerstandskreisen zu finden ist: das Subsidiaritätsprinzip in Gestalt der Selbstverwaltung. Sie sollte als Gegengewicht zur Zentralverwaltung fungieren und sich auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Körperschaften beziehen. Damit näherten sich die Kölner Vorstellungen am ehesten denen der Berliner, die die Selbstverwaltung in ähnlichen Bereichen ansiedelten, und kamen Brünings Vorstellungen vom dezentralem Einheitsstaat nahe. Angesichts der engen Beziehung von Letterhaus zu Brüning liegt diese Deutung der Staatsentwürfe im Kettelerhaus nahe.

Das Subsidiaritätsprinzip als Umsetzung der katholischen Soziallehre fand also in den Vorstellungen des Kölner Kreises primär im Wirtschaftlichen seine Realisierung. Dies gilt für die Version von Elfes, differenzierter und ausführlicher aber für Welty.

Wirtschaftliche und soziale Frage

Mit der Frage der Organisation der Wirtschaft beschäftigten sich die Texte der von den beiden Protagonisten überlieferten Zukunftspläne aus dem Ket-

85 L. SIEMER (wie Anm. 76), S. 126 f.

telerhaus zum Teil ausführlicher, systematischer und zusammenhängender als mit der staatlichen Problematik, die teilweise aus verschiedenen Textstellen zusammengesucht werden mußte. Die Erklärung für dieses Faktum dürfte darin zu finden sein, daß die geistige Vorlage, an der sich Welty und Elfes orientierten, die katholische Soziallehre war, die sich ebenfalls in erster Linie wirtschaftlich-sozialen Fragen widmete und die Staatsorganisation wegen ihrer unbewältigten, zwiespältigen Haltung zur Demokratie vernachlässigte. Daher verwundert es auch nicht, daß besonders Welty als Sozialethiker sein Augenmerk sehr auf die Wirtschaft lenkte und seine Vorstellungen immer wieder mit Zitaten aus den Sozialenzykliken untermauerte. Dagegen hatte er den Staatsaufbau nur am Rande gestreift, soweit es nicht um Erziehungsfragen oder die Rolle der Kirche im Staat ging. Anders Elfes, der als politischer Praktiker den Fragen der Staatsgestaltung größere Bedeutung zumaß; er betrachtete die Wirtschaftsfragen mehr unter dem Primat der Politik, deren Aufgabe es sei, den Arbeitern ihre natürlichen Rechte zu sichern.[86] Die Wirtschaftsordnung sollte die menschliche Arbeitsleistung den Kapitalinteressen voranstellen, die mittelständischen Unternehmen fördern, der allgemeinen Wohlstandsförderung und Eigentumsbildung für alle dienen sowie den Arbeitern maßgebenden Einfluß auf die Wirtschaft sichern.[87] Dafür machte Elfes Anleihen beim Sozialismus durch ein weitreichendes Verstaatlichungsprogramm, das er in Übereinstimmung mit der katholischen Soziallehre als Propagierung genossenschaftlicher Organisationsformen, privater Kleineigentumsbildung und der Förderung kleiner und mittlerer Betriebe interpretierte.[88] Entsprechend intendierte er Folgendes: die Aufteilung des Großgrundbesitzes in lebensfähige bäuerliche Existenzen, ein altes Desiderat der katholischen Siedlungsbewegung und ein Ressentiment gegen die ostelbischen Junker; die Verstaatlichung oder staatliche Kontrolle der Großbanken, um den Kapitalfluß im Volksinteresse regulieren zu können; die Zerlegung der aus verschiedenartigen Betrieben gebildeten »kapitalistischen Großunternehmungen« in ihre Teile sowie die Verhinderung neuer Konzernbildungen. Geeignete großkapitalistische Industrie- und Handelsunternehmen wollte Elfes in Gemeineigentum auf genossenschaftlicher Grundlage überführt sehen,[89] und für Aktienbesitz sollte eine Höchstgrenze gelten.[90]

Auch Welty forderte Verstaatlichungen bzw. Sozialisierungen der Schlüsselindustrien wie Schwereisen, Kohle und Energie, der Monopole und Konzerne sowie die Mitbestimmung der Arbeiter in den Großbetrieben. Ebenso

86 A. ESSER (wie Anm. 16), S. 117 f.

87 W. Elfes (wie Anm. 52).

88 W. Elfes an Müller am 21.6.1943, S. 4, StA. Mönchengladbach 15/8/77; W. Elfes (wie Anm. 52), S. 8.

89 Ders., StA. Mönchengladbach 15/8/101, S. 37 u. 267; Brief an Müller, ebd. 15/8/77, S. 75.

90 W. Elfes, StA. Mönchengladbach 15/8/78.

postulierte auch er eine gleichmäßigere Verteilung des Privateigentums und schloß wie Elfes entschädigungslose Enteignungen nicht aus. Neu war bei ihm die Idee, Höchstgrenzen für Gehälter in der freien Wirtschaft festzusetzen. Dem Genossenschaftswesen räumten beide große Bedeutung für die Besitzordnung der zu verstaatlichenden Güter ein, da sie die Selbstverantwortung der Arbeiter durch Selbstverwaltung ermögliche.[91]

Der wesentliche Unterschied zwischen Welty und Elfes lag in der Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft. Rechnete Elfes optimistisch mit einem beispiellosen Aufschwung nach Kriegsende,[92] ging Welty im Gegenteil von einer langen Phase des Mangels und der unvermeidlichen Einschränkungen aus.[93] Daher resultierte sein Vorschlag, statt auf Marktwirtschaft auf Bedarfsdeckungswirtschaft zu setzen, die der traditionell katholischen Kapitalismus- und Konsumkritik wie dem Vorbild der idealisierten mittelalterlichen Wirtschaft eher entsprach. Als zusätzliches Argument führte er die – heute geradezu aktuell anmutende – dadurch erreichte Reduzierung des Rohstoffverbrauchs an, wenn nicht so viele gleiche oder überflüssige Artikel erzeugt würden.[94]

Die Bedarfsdeckungswirtschaft Weltys war bis zu einem gewissen Grade, trotz seiner Beschwörung der freien Selbstverwaltung der Wirtschaft, marktfeindlich. Sie setzte, wie Welty erkannte, eine feste Lenkung der Wirtschaft und eine strikte Überwachung der von ihm mit äußerstem Mißtrauen betrachteten Werbung durch den Staat voraus. Hand in Hand damit sollte eine Erziehung der Verbraucher gehen,[95] die wohl in das Aufgabenfeld der Kirche fiele, um ihr auch in diesem Bereich Einfluß zu sichern.

Mit dieser aus der Bedarfsdeckung resultierenden weitgehenden Planwirtschaft befand sich Weltys Modell trotz unterschiedlicher Staatskonzeption in weitgehender Übereinstimmung mit den Kreisauern. Diese räumten auch dem Staat ein weites Bestimmungsrecht ein und unterschieden sich darin klar vom liberal-marktwirtschaftlichen Denken der Berliner, die trotz ebenfalls vorhandener Sozialisierungsabsichten der Großindustrie dem Unternehmertum die freie Entfaltung belassen wollten.

Elfes äußerte sich, bis auf das Postulat einer weitreichenden Mitbestimmung, zur Wirtschaftsform nicht direkt; sein Aufschwungsoptimismus läßt sich jedoch nur schwer mit staatlicher Reglementierung vereinbaren.

Weltys Wirtschaftsmodell war wie sein Staatsbild, trotz seiner Betonung der Selbstverwaltung, so wie das der Kreisauer autoritär. Mittel der Selbstverwaltung war ihm wie auch Elfes das Genossenschaftswesen, das für beide

91 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 373.
92 Elfes an Müller, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 6.
93 E. WELTY (wie Anm. 50), S. 329.
94 EBD., S. 236 u. 267.
95 EBD., S. 269.

einen Schlüsselbegriff darstellte. Es wies dem gesellschaftlichen, politischen und sozialen Einfluß einen Weg zur Verstaatlichung, der allerdings nicht dem Staat die Verfügungsgewalt einräumte, sondern sich mit dem katholischen Subsidiaritätsprinzip und der Ständeidee vereinbaren ließ und Welty darüber hinaus als »Urbestand des arteigenen deutschen Rechts«[96] galt.

Welty konkretisierte seine Vorstellungen über die Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung durch Genossenschaften und Berufsstände kaum;[97] allerdings dürfte ihnen ein großes Gewicht zukommen, da sie die Bedarfsdeckungswirtschaft organisieren müßten, d.h. für eine durch einen Plan gelenkte Wirtschaft verantwortlich wären. Wie bei den Kreisauern wäre hier in der Wirtschaft eine zentralistische Führung entstanden, die freilich nicht mehr wie vor 1933 sozial exklusiv gewesen wäre. Sie hätte der Arbeiterschaft großen Einfluß auf die Wirtschaft garantiert, setzte aber eine Verwurzelung im Betrieb voraus. Damit widersprach sie modernen Forderungen nach größtmöglicher Mobilität, Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft. Mobilität war freilich kein Ziel der Kölner und Kreisauer – im Gegenteil: Die Menschen sollten in kleinen Gemeinschaften heimisch werden können. Elfes dagegen lehnte eine solche berufsständische Ordnung explizit ab.[98] Er befürchtete, daß sie wegen ihrer organisatorischen Nähe zum Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich den Autoritarismus nicht vermeiden könne und den Charakter einer obrigkeitlichen Polizeibehörde annähme. Darin sah er einen Verstoß gegen das von der Enzyklika Quadragesimo anno postulierte Subsidiaritätsprinzip und warnte deswegen davor, einen solchen Wirtschaftsaufbau mit den kirchlichen Weihen zu versehen. Wie schon bei den Fragen des Staatsaufbaus und der Parteien war ihm eine zu enge Allianz der Kirche mit alltagspolitischen bzw. wirtschaftlichen Problemen suspekt.

Für ihn stellten die Genossenschaften nicht so sehr einen Teil der Wirtschaftsverwaltung dar als eine Säule der Arbeiterbewegung, wie sie es seit dem 19. Jahrhundert gewesen war. Sie sollten sozial vorbildliche Produktions- und Handelsbetriebe einrichten, um die Arbeiter durch Mitbestimmung, Mitbesitz an den Produktionsmitteln und Gewinnbeteiligung zu entproletarisieren. Die Idee der Berufsstände, die, wie bei der Deutschen Arbeitsfront, Arbeitgeber und Arbeiter eines Produktionszweiges zusammenfaßte, wies Elfes ausdrücklich – z.B. gegen die Entwürfe Delps – für die Arbeiter zurück, ohne sie für andere Berufsgruppen auszuschließen. Er begründete seine Position mit den schlechten Erfahrungen, die die Arbeiter nach dem Ersten Weltkrieg mit den Industriellen gemacht hatten, als sie bereit gewesen

96 DERS. (wie Anm. 61), S. 16.
97 DERS. (wie Anm. 50), S. 373.
98 Elfes an Müller am 21.6.1943, StA Mönchengladbach 15/8/77, S. 2 f.

seien, mit ihnen »soziale Gemeinschaften«[99] zu bilden. Für die Arbeiter bestand er auf echten unabhängigen Gewerkschaften, die nach Berufen gegliedert sein sollten. Damit verfolgte er das gleiche Konzept wie Kaiser. Unklarheit bestand jedoch bei der Frage der Zwangsmitgliedschaft in der geplanten Deutschen Gewerkschaft,[100] die zwar logisch den Plänen der Goerdeler-Kaiser-Leuschner-Gruppe entsprach, aber zu sehr an die DAF erinnerte. Elfes ging es folglich um einen konsequenten Gesellschaftsumbau zu Lasten der bisher dominierenden Schichten des Bürgertums, des preußischen Großgrundbesitzes und Militärs und zugunsten der Arbeiterschaft, die er als tragende Schicht des deutschen Volkes betrachtete.

Um dies zu erreichen, wollte er der Arbeiterschaft die drei Säulen Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei der Arbeit zur Verfügung stellen. Welty dagegen stellte sich keine Neuformierung der deutschen Gesellschaftsstruktur vor, sondern nur eine Beseitigung von sozialen Ungerechtigkeiten und Armut. Folgerichtig lag sein Schwergewicht mehr auf der Eigentumsordnung, bei der er das Privateigentum verteidigte, freilich ohne es für sakrosankt zu erklären. Dabei stellte er Grundsätze für seinen rechten Gebrauch im Sinne seiner Sozialpflichtigkeit in Anlehnung an Thomas von Aquin auf. Daher korrespondierte zumindest sein Wirtschaftsmodell stärker mit dem der Kreisauer als mit dem der Berliner. Letzterem stand Elfes wohl aus den gleichen Gründen wie besonders die sozialdemokratischen Gewerkschaftler näher: Es war elastischer für eine die Arbeiterbewegung begünstigende politische Entwicklung nach erfolgtem Umsturz.[101]

Versucht man, auch bei der wirtschaftlichen Organisation die Position der Mehrheit des Kölner Kreises zwischen den zum Teil widerstreitenden Vorschlägen herauszufinden, so ist man wiederum auf Mutmaßungen angewiesen. Sicherlich war die KAB-Spitze nicht so radikal wie Elfes, der schon 1927 wegen seines Votums für die Fürstenenteignung und eine Einheitsgewerkschaft seine Stelle bei der WAZ hatte aufgeben müssen. Andererseits war die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter immer eines der Hauptanliegen der KAB gewesen. Da dieses Ziel durch Weltys Pläne nicht so gesichert erscheint wie durch die von Elfes, aber auch die von Kaiser, ist anzunehmen, daß Letterhaus, Otto Müller und Groß Weltys Entwürfen mit größerer Skepsis begegneten. Diese Vermutung wird durch das von Siemer überlieferte Faktum gestützt, daß er, der sich auf Weltys Ausarbeitungen

99 Elfes an Müller am 21.6.1943, S. 4, StA Mönchengladbach 15/8/77; ders. (wie Anm. 39), S. 8.

100 E. NEBGEN (wie Anm. 25), S. 91.

101 Michael SCHNEIDER, *Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft – Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944*, in: J. SCHMÄDEKE/P. STEINBACH (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München/Zürich 1985, S. 529.

berief, bei der Erörterung praktischer Fragen die überlegene Sachkompetenz der Arbeiter habe anerkennen müssen und er sie scherzhaft als »Kommunisten« bezeichnet habe.[102] Außerdem unterstützte Müller finanziell die Aktivitäten und damit wohl auch die Zielvorstellungen Kaisers.

Die Gedankengänge von Welty und Elfes im Kölner Kreis darf man nicht als tiefe Gegensätze interpretieren; dazu sind sie im Ansatz – Welty als Theoretiker und Elfes als politischer Praktiker – zu unterschiedlich und in der Intention, eine menschenfreundlichere Gesellschaft aufgrund der Empfehlungen der katholischen Soziallehre zu schaffen, zu ähnlich. Dabei legte Elfes größeren Wert auf die Demokratie, Welty größeren Wert auf den Einfluß der Kirche. Die Ideen waren noch nicht an der Realität erprobt und erfuhren 1945 unter geänderten Umständen teilweise erhebliche Veränderungen. Die Ideen waren also, wie Weltys Mitwirkung an der Gründung der Kölner CDU beweist, flexibel.

Trotz der weltanschaulichen und wirtschaftlichen Liberalität Goerdelers schienen die Kölner im Kettelerhaus dessen Pläne offenbar eher mit ihren eigenen in Einklang bringen zu können. Dies gilt zum Beispiel für ihre Idee einer demokratischen überkonfessionellen Volkspartei, eventuell als Partei der Arbeit, die in Goerdelers Plänen unterzubringen war, weil sie Parteien, anders als die Kreisauer, wenigstens eine gewisse Bedeutung zubilligten. Die Idee einer solchen Partei zählt zu den Charakteristiken des Kölner Kreises und ist bei Elfes für die Jahre 1942-1945 als dessen Gedankengut zu belegen. Kein Hinweis deutet darauf hin, daß diese demokratische Komponente im Kontakt mit Kreisau oder Berlin relativiert worden ist. An den konkreten Staatsaufbau verschwendeten die Männer des Kölner Kreises weniger Gedanken als die anderen, doch teilten sie den bei Moltke vorherrschenden radikalen Föderalismus offenbar nicht.

Bei der Frage des Verhältnisses von Kirche und Staat scheinen die Kölner überraschenderweise auch eher der Goerdeler-Gruppe – wie Otto Müllers Gesetzentwurf für Goerdeler belegt – zugeneigt gewesen zu sein, denn sie war eher bereit, den Kirchen ihre tradierten Rollen wieder einzuräumen, und die Kölner dachten traditionell im Sinne der Konkordatspolitik. Trotz ihrer unzweifelhaft religiösen Gesinnung waren die Kreisauer einschließlich Delp skeptischer gegenüber der überlieferten Rechts- und Machtposition der Kirchen und wünschten ihnen im eigenen Interesse die Chance zur Rückbesinnung auf ihre eigentlichen Aufgaben. Im Kettelerhaus kam ihnen damit Elfes noch am nächsten, doch bei ihm fehlten weitgehend die Erneuerungsvorschläge für die Kirche. So nahm der Kölner Kreis in vielen seiner Zukunftsentwürfe eine mittlere Position zwischen Kreisau und Berlin ein, jedoch mit dem Unterschied der größeren Neigung zur parlamentarischen

102 L. SIEMER (wie Anm. 76), S. 126 und 451 f.

Demokratie. Das konstatierte der NS-Berichterstatter beim Prozeß gegen Letterhaus, dessen Denken er als »parlamentarisch befangen«[103] charakterisierte.

Ausblick

Die hier entwickelte These einer unbefangeneren Haltung des Kölner Kreises gegenüber der parlamentarischen Demokratie soll selbstverständlich nicht besagen, daß in ihm das Bonner Grundgesetz vorgedacht gewesen sei. Doch fällt auf, daß die Bundesrepublik in ihren ersten Jahren oft von liberaler und sozialdemokratischer Seite als klerikale Republik bezeichnet wurde, womit dem politischen Katholizismus, zu dem viele der überlebenden Mitglieder des Kölner Kreises zählen, eine dominante Rolle unterstellt wurde.[104] Hinzu kommt, daß von den überlebenden Mitgliedern sich viele an der Gründung der CDU oder der Einheitsgewerkschaft beteiligten. Sie nahmen auf die Programmentwicklung der neuen interkonfessionellen CDU Einfluß, wobei sie sich teilweise expressis verbis auf die Kölner Beratungen beriefen.[105]So begann für Elfes die Frühgeschichte der CDU nicht erst 1945, sondern im »Widerstandskreis«[106] in Köln. Leo Schwering, Kolpingvertreter, Mitglied des Kölner Kreises und 1945 Mitgründer der Kölner CDU, der ersten Regionalgründung in Westdeutschland, bezog sich bei seiner »Frühgeschichte der CDU« auf die intensive Mitwirkung der Dominikanerpatres Siemer und Welty als »Berater des Kölner Widerstandskreises«[107] bei den ersten Beratungen in Walberberg. Sie stützten sich auf Weltys Schrift *»Was nun?«*, die den Anfang Juli 1945 beschlossenen »Kölner Leitsätzen« zugrundelag, ohne freilich mit ihnen identisch zu sein. Am Zustandekommen der Leitsätze hatten auch Personen mitgewirkt, die zum Kölner Kreis keinen Kontakt gehabt hatten, wie der evangelische Pastor Hans Encke. Sodann hatten sich die äußeren Rahmenbedingungen durch die alliierte Besetzung Deutschlands und den Verlust der Staatlichkeit verändert. Weiter ist zu berücksichtigen, daß der Aspekt, den Elfes im Kettelerhaus formuliert hatte, dadurch entfiel, daß er an der Kölner CDU-Gründung nicht beteiligt war. Schließlich wurde die Idee einer weltanschaulich neutralen Mitte-Links-Partei der Arbeit durch

---

103 H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 549.

104 Herbert HÖMIG, *Der katholische Klerus und der Aufbau der Bundesrepublik*, in: *Munuscula Erfordiensia: Sonderschriften der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt*, Bd. 25, Erfurt 1995, S. 125 ff.

105 Zu weiteren Mitbegründern der CDU aus dem Kölner Kreis s. Hans-Otto KLEINMANN, Geschichte der CDU 1945-1982, hrsg. v. G. BUCHSTAB, Stuttgart 1993, S. 36 ff.

106 Brief Elfes an Schwering vom 28.8.1966, NL Schwering, Hist. Arch. Köln, 1193/146, 3.

107 Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963; DERS., *Vorgeschichte und Entstehung der CDU*, 2. Aufl. Köln 1952.

die rasche Wiedergründung der SPD hinfällig. Die weitere programmatische Entwicklung der CDU entfernte sich mit der Zeit zunehmend von ursprünglichen Vorstellungen des Widerstands, wie der Weg von den Kölner Leitsätzen über die rheinisch-westfälischen Grundsätze, das Programm von Neheim-Hüsten 1946 bis zum Ahlener Programm 1947 zeigt. Dabei zog sich das wirtschaftspolitische Erbe des Kölner Widerstandskreises zunehmend in den Sozialflügel der CDU zurück, der das Ahlener Programm noch im Sinne der »sozialistischen« Wirtschaftsforderungen des Kölner Kreises interpretierte, obwohl das Ahlener Programm auch im Sinne der Wirtschaftsfreiheit gelesen werden konnte – eine Lesart, die sich dann 1949 in den Düsseldorfer Leitsätzen endgültig durchsetzte.[108]

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Kölner Kreises, die mit deutlichen Verstaatlichungstendenzen einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gesucht hatten und vom Ende des bürgerlichen Zeitalters ausgegangen waren, beeinflußten also die Anfänge der rheinischen CDU, verloren aber mit der Zeit an Einfluß. Ihnen gemeinsam war, daß staatspolitische Überlegungen sowohl beim Kölner Kreis vor 1945 als auch nach Kriegsende bei der CDU nur eine untergeordnete Rolle spielten, aber in der Praxis als selbstverständlich angenommen wurden. Ursache ist möglicherweise ein politiktheoretisches Defizit im deutschen Katholizismus und in der katholischen Soziallehre, auf die er sich traditionell stützte. Dagegen setzten sich die parteipolitischen Vorstellungen einer christlichen Partei für alle Volksschichten durch. Die Idee der CDU, als Neuschöpfung einer interkonfessionellen Volkspartei, entsprach durchaus den Überlegungen im Kettelerhaus. Der Gedanke einer schichtenübergreifenden »umfassenden Volksbewegung« findet sich wieder im Anliegen der Volkspartei.

Die Idee der neuen Partei wurde nicht nur im Westen von ehemaligen Mitgliedern des Kölner Kreises vorangetrieben wie z.B. von Josef Ruffini, Robert Lehr in Düsseldorf, Caspar Schulte in Paderborn, sondern auch in Berlin von Andreas Hermes und Jakob Kaiser, von denen der erste dem Kölner Kreis zuzurechnen ist und der zweite eng mit ihm kooperiert hatte. Eine Wiedergründung des Zentrums hatte dort kaum Chancen, wo Teilnehmern des Kölner Kreises sich sofort die Möglichkeit zu politischer Betätigung bot.

---

108 R. UERTZ (wie Anm. 51); G. BUCHSTAB/K. GOTTO (Hrsg.), *Die Gründung der Union* (wie Anm. 16); Hans-Georg WIECK, *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945*, Düsseldorf 1953. Wolfgang JÄGER, *Adenauers Einwirkung auf die programmatische Entwicklung der CDU 1945 bis 1949 in der Frage der Wirtschaftsordnung*, in: Dieter BLUMENWITZ/K. GOTTO u.a. (Hrsg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 427-452; Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung*, Opladen 1987, S. 145 ff.

Bei einigen der »ehemaligen Kölner«, wie bei Andreas Hermes, aber auch bei Karl Arnold, läßt sich ein besonderes Interesse am Erhalt der deutschen Einheit feststellen. Es ist eine noch offene Frage, ob sich darin, wie es für die Berliner CDU naheliegt, lediglich politischer Überlebenswille spiegelt, oder ob das Erbe des Kölner Widerstandes mit seinen überregionalen Kontakten nach Kreisau und Berlin dabei ebenfalls eine Rolle spielte. Eine Antwort auf diese Frage wird freilich dadurch erschwert, daß wichtige Mitglieder des Kölner Kreises das Dritte Reich nicht überlebten. So fielen die KAB-Verbandsspitze, mit der Ausnahme von Joos, sowie weitere »Kölner« und KAB-Vertreter der NS-Justiz zum Opfer.

Bernhard Letterhaus wurde schon am 25. Juli 1944 verhaftet. Am 13. November verurteilte ihn der Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode. Im Prozeß erklärte er seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus mit seiner christlichen Überzeugung, die der nationalsozialistische Prozeßbeobachter als »ultramontane Einstellung« apostrophierte, und bekannte sich zur Realisierung der Widerstandspläne »durch eine gewaltsame Änderung der Regierung an Haupt und Gliedern«.[109] Am 14. November 1944 wurde Letterhaus in Plötzensee hingerichtet. Es dauerte etwas länger, bis die Gestapo Nikolaus Groß auf die Spur kam, der nicht in gleichem Ausmaß wie Letterhaus in das Berliner Zentrum des zivilen Widerstandes involviert war. Am 12. August 1944 wurde er in seiner Kölner Wohnung verhaftet. Am 15. Januar 1945 stand er mit den Kreisauern Haubach und Steltzer vor Freisler, wobei dieser Zusammenhang mit den Kreisauern möglicherweise darauf zurückzuführen ist, daß die Nationalsozialisten ursprünglich einen Kirchenprozeß planten, der am vorzeitigen Tod von Otto Müller scheiterte.[110] Groß wurde ebenfalls zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung erfolgte am 23. Januar 1945. Nur Präses Otto Müller entging dem Schicksal des Galgens. Nach den Verhören von Groß im September verhaftet, starb er am 12. Oktober 1944 in Berlin in der Haft.

Der Tod dieser Persönlichkeiten schwächte den Einfluß ihrer im Kettelerhaus entwickelten Planungen auf Gründung und Programmatik der CDU, wobei – nach dem Urteil Brünings – mit Letterhaus ein besonders fähiger politischer Kopf fehlte. Dennoch bleibt eine Traditionslinie erhalten, die aus dem Widerstand des Kölner Kreises in die demokratische Zukunft Westdeutschlands geführt hat. Ohne sie wäre die rasche Ausbreitung des Gedankens einer interkonfessionellen Volkspartei im Rhein-Ruhrgebiet 1945 nur schwer vorstellbar.

---

109 H.-A. JACOBSEN (wie Anm. 32), Bd. 1, S. 549.

110 Vera BÜCKER-KAUSCHKE, unveröffentlichtes Manuskript zur Biographie Nikolaus Groß, Essen 1992, S. 211-230. Ausführlich zu dieser These S. 224.